

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 Mk. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 Mk. einschließlich 60 Pf. Postzeitung und 72 Pf. Lichtdruckgebühren. Auslandabonnements 6.— Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 5.— Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Wort und Bild“, Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration des Pf. Neffens auf 5.— Pf. „Kleine Wagnisse“ aus jetztgebrachte Wort 25 Pf. (zuletzt zwei jetztgebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt u. Tarif. Einmalige des erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags täglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmeter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. D. B. - Gef., Depostitenl., Jerusalemstr. 65/66.

Deutsch-französisches Präsidium.

Wels und Bracke Kongressvorsitzende / de Brouckère für wahrhafte Abrüstungen.

Wien, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Die Arbeiten des Internationalen Kongresses haben am Montag nachmittag mit einer großen und eindrucksvollen deutsch-französischen Freundschaftskundgebung begonnen. Die Exekutive hatte zuvor als Präsidenten für die erste Plenarsitzung Otto Wels-Deutschland und Bracke-Paris bestimmt. Sie trafen einander, als sie die Estrade bestiegen, die Hände. Wels eröffnete dann die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Lieber Genosse Bracke! Zum ersten Male führen wir gemeinsam den Vorsitz auf einem internationalen Kongress. Heute zeigt sich mehr als je, daß das Schicksal Europas von der deutsch-französischen Verständigung abhängt. In diesen Tagen, bei den Besprechungen der leitenden Staatsmänner, ist sehr oft von der gegenseitigen Politik gesprochen worden. Zwischen uns Sozialisten ist ein solcher Austausch von Höflichkeit nicht erst nötig. Das Vertrauen der Sozialisten aller Länder hat uns hier zusammengeführt. Dieser Kongress dient dazu,

das Vertrauen, das die Sozialisten aller Länder zueinander haben, zum Vertrauen zwischen den Völkern zu erweitern zum Vertrauen der Gesamtheit der Völker.

Daher wollen wir in gemeinsamer Arbeit zusammenwirken, und dazu dienen die Arbeiten dieses Kongresses.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Bracke erwiderte mit folgenden Worten: „Von Herz zu Herz und für alle draußen, die mit großen Erwartungen auf diesen Kongress blicken, hat Wels die symbolische Bedeutung dieses Handdrucks gefeiert, den wir einander gegeben haben. Wir wollen damit sagen, daß wir Schulter an Schulter in einem Kampf für den Frieden der Völker, für die deutsch-französische Annäherung zusammenstehen. Die deutsche Krise ist nur eine Teilercheinung der allgemeinen Weltkrise. Aber besonders hat sie den Kapitalismus erschüttert. In diesem Augenblick ist die Einigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk notwendiger als je. Wir Sozialisten der beiden Länder werden diese Pflicht nicht vernachlässigen, sondern mehr und mehr die Notwendigkeit der engsten Vereinigung der Sozialisten der beiden Völker betonen. Das herrliche Schauspiel der Arbeiter-Olympiade, des Fackelzuges und des gestrigen Festzuges, das keiner von uns ansehen konnte, ohne daß ihm die Tränen in die Augen stiegen, hat uns den Trost und die Stärkung gegeben, daß die Massen der Arbeiterschaft, daß vor allem

die Jugend der werktätigen Massen mit uns

geht. Darin sehen wir die Bürgschaft für die Zukunft und den Sieg unseres gemeinsamen Kampfes.“ (Begeisterter Beifall.)

Otto Wels: „Im Namen der Exekutive sprechen wir der Arbeiterjugend und den Teilnehmern der Internationalen Arbeiter-Olympiade den allerherzlichsten Dank für alles aus, was wir hier sehen durften. Auch diese große internationale Kundgebung diente der Versöhnung und dem Zusammenarbeiten der Völker und dem Frieden der Welt. Keine Ländergrenzen mehr, alle zusammen! Wir alle haben die Zusammengehörigkeit der Arbeiterschaft der ganzen Welt gefühlt, und fester als je sind geschmiedet unsere Kräfte, unser Wille zur Tat.“

Sylaba-Prag begrüßt dann den Kongress im Namen der Arbeiter-Sport-Internationale, wobei er erwähnte, daß fast zwei Millionen Mitglieder in der „Sofsi“ vereinigt sind: „Zum erstenmal ist die Sofsi auf dem Internationalen Sozialistenkongress vertreten. Wir hoffen, in Zukunft noch mehr Verständnis für unsere Arbeit zu finden. Wir danken ihnen für alle Förderung und sind glücklich, daß wir unter ihrer Leitung den Vertretern des internationalen Proletariats vorführen konnten.

Nunmehr soll der

Kommissionsbericht über die Abrüstungsfrage

befprochen werden.

Lebhaft begrüßt ergreift nun

Louis de Brouckère-Brüssel als Kommissionsberichtersteller

das Wort. Er führt aus:

„In Paris ist der deutsche Reichskanzler mit dem Rufe begrüßt worden: „Es lebe der Frieden“. Das ist die wahre Volksstimmung, und diese Volksstimmung ist in allen Völkern die gleiche. Denn allen Völkern ist der Hunger und Durst nach Frieden gemeinsam. Wir müssen diesen Volkswillen organisieren zu einem Willen.

Es genügt nicht, den Krieg zu hassen, man muß ihn töten.

(Lebhafter Beifall.) Denn wenn der Sozialismus nicht den Krieg tötet, dann tötet der Krieg den Sozialismus. (Beifall.) Herausfordernde Hezworte über die eigenen Rüstungen hört man von den höchsten Stellen derjenigen Länder, die unter einer inneren Befehlsführung stehen, und wo der frühere Feudalismus der Herrschaft des Großkapitals und der Schwerindustrie gewichen ist. Der Krieg tobt sich vor allem im Bürgerkrieg aus, und da gefährdet er besonders die Arbeiterklasse. Ihr Freunde aus Italien wißt, wie

notwendig die Einheitsfront zur Verteidigung der Arbeiterklasse ist. Ihr Italiener, die ihr unterlegen seid, aber die ihr eines Tages Sieger sein werdet, wie die spanischen Genossen (donnernder Beifall, besonders auf den dicht gefüllten Tribünen), ihr Oesterreicher, die ihr vor wenigen Monaten den Ansturm der Faschisten an den Mauern Wiens ausgehalten habt, ihr wißt das auch, und ihr Freunde aus Deutschland, ihr habt heute die schwerste Last zu tragen. Eure Feinde, die Hitlerbanden und der Stahlhelm, sind zugleich die Hauptschuldigen an der jetzigen Not des deutschen Volkes. An dem Tage, wo diese Banden die Herrschaft in Deutschland erhielten, wäre die Kriegsgefahr da. Um diesen Sieg der Reaktion zu verhindern, zählen wir auf die Kraft der deutschen Demokratie, aber nicht auf die Macht eines militärischen Apparates, dessen Schuß immer zweifelhaft ist und dessen Sieg keine Bürgschaft künftigen Friedens ist. Wir wissen, wie sehr die westlichen Völker und Deutschland aufeinander angewiesen sind, und daß der Rhein nicht nur eine Grenze, sondern auch eine Verbindung der Völker ist. Würde aber die deutsche Republik besiegt werden, was müht uns dann auch die militärische Verteidigung? Es wäre nutzlos, weil immer neue Rüstungen folgen würden, und außerdem wäre das Spiel immer ein Hofspiel, das keine dauernde Sicherheit bringt und nicht den Frieden verbürgt.

Ihr deutschen Freunde steht heute

auf Vorposten der Internationale. Ihr habt die schwerste Last zu tragen.

Es wäre nicht angebracht, euch eure Pflichten gegenüber der Internationale vorzuhalten, ohne gleichzeitig zu sagen, welche Pflicht alle Parteien der Internationale gegen euch haben (Lebhafte Zustimmung). Trotz der klaren Versprechungen von Versailles haben die westlichen Nachbarn Deutschlands noch fast ihre ganze Heeresmacht unter den Waffen. Für Frankreich ist das ein Schrecken, für Belgien eine Dummheit. Wenn wir vielleicht auch noch unsere Regierungen zwingen könnten, die feierlichen Versprechen zu halten, so müssen wir es immer wieder versuchen. Das gilt besonders für Frankreich. Wir Belgier sind zweimal aus der Regierung ausgetreten und haben einem gefährlichen Wahlkampf die Stirn geboten. Das erstemal, als unser Veteran Eduard Anseele, der heute 75 Jahre alt wird, ausgeschieden ist, weil man ihm verbieten wollte,

die rote Fahne mit dem zerbrochenen Gewehr zu grühen.

Das zweitemal erlitten wir eine Bahnniederlage, aber eine jener Niederlagen, die den Sieg vorbereiten. Kürzlich hatten wir wieder den Kampf gegen die Festungsbauten, und der Sieg der Regierung ist um den teuren Preis einer Herabsetzung der Festungskredite erlauft worden. Das war ein Sieg der Gegner, auf den sie nicht stolz sein können.

Die Regierungen haben Deutschland und der ganzen Welt feierlich die Abrüstung versprochen. Ein großer Teil der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist durch die Rüstungen verschuldet. Eine Herabsetzung der Rüstungen würde die wirtschaftlichen Hauptschwierigkeiten beseitigen oder wenigstens bedeutend mildern.

Die Formel „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ ist lächerlich und purer Hohn.

Selbstverständlich muß man Schiedsgerichte einführen, aber welche Sicherheit ist gegeben in einem Europa, das von Waffen starrt, und solange jeder Unzufriedene an die Waffen appellieren kann. (Lebhafte Zustimmung.) Auch

Sanktionen lehnen wir ab,

deren Notwendigkeit man gegen Friedensbrecher behauptet. Größere Sanktionen können doch nur in militärischer Weise durchgeführt werden, was wir verwerfen. Nur wirtschaftliche Sanktionen sind denkbar und wirksam gegen Friedensbrecher.

Wir verlangen eine ausreichende Herabsetzung der Rüstungen. Wir stellen nicht unerfüllbare Forderungen, die ein Blatt Papier bleiben, aber wir setzen alle Kraft ein für die Durchsetzung der möglichen Forderungen. Die Herabsetzung muß sich erstrecken auf die Heeresbestände, auf das Kriegsmaterial und auf die Kriegsausgaben, sowie auch auf die Flotte und die Spezialwaffen. Eine internationale Kontrolle ist unentbehrlich, muß aber für alle Völker gleichmäßig eingeführt werden.

Wir haben kein übermäßiges Vertrauen in den Völkerbund, wir kennen die Mängel seines Verfahrens. Aber es ist doch heute die einzige internationale Instanz. Wir spenden ihm keine Vorschußlober, sondern wir wollen ihn

unter Druck sehen.

Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde schwere und dunkle Tage bringen. Aber zum Verzweifeln hätten wir selbst dann keinen Grund. Denn wir würden sofort von neuem unsere Arbeit beginnen. Die arbeitenden Massen wollen keinen Krieg. Genossen von Wien, eure Jugend hat das Licht des Sozialismus in den Händen getragen, es brennt in unseren Herzen weiter.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Franzen zurückgetreten.

Die Bankrotterklärung einer Naziregierung.

Braunschweig, 27. Juli.

Der Minister für Inneres und Volksbildung, Dr. Franzen, hat dem Präsidenten des Braunschweiger Landtags in folgendem Schreiben seinen Rücktritt erklärt: „Durch die fortgesetzt erweiterte und verschärfte Notverordnungs-politik des Reiches haben die kleineren Länder die letzten Reste ihres staatlichen Eigenlebens verloren und sind zu völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirken herabgesunken. Den Ministerien in diesen Ländern ist damit, im Widerspruch zu den Verfassungen, jede Wirkungsmöglichkeit im Sinne einer Landesregierung genommen. Ich lehne es ab, als Vollziehungsbeamter für die die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechter Weise beständige Brünning-Diktatur tätig zu sein und trete daher von dem mir am 1. Oktober 1930 übertragenen Ministeramt zurück. Bis zur Wahl des Nachfolgers werde ich nur die laufenden Geschäfte erledigen.“

Die stolze Pose, in der Herr Franzen seinen Bankrott in Märtyrertum umzudrehen sucht, stammt nicht von ihm. Er hat sie dem linksorientierten „Montag-Morgen“ abgucken, der, wie unlängst berichtet wurde, die zeitweilige Einstellung seines Erscheinens mit den Bestimmungen der Pressenotverordnung begründete, während in Wirklichkeit der bisherige Verleger die Sache satt hatte! Was Herr Franzen in seinem Partei-jargon hier als „jüdischen Dreh“ bezeichnet hätte, das wendet er für sich in größerem Maßstab an: er sucht sich als Märtyrer der Notverordnungen anzupreisen, während in Wirklichkeit schwere Blamage und persönliche Unzulänglichkeiten die Gründe seines Rücktritts sind.

Zum Teil liegen diese Gründe in dem Ausgang seines Prozesses, von dem der „Vorwärts“ seinerzeit schrieb, daß er für Franzen trotz des Freispruches eine „eklatante moralische und politische Niederlage“ bedeute. Es dürfte — trotz allem — auch in Braunschweig besonnene Leute unter den Bürgerlichen geben, denen es schwer zu tragen erscheint, daß ein preußisches Gericht dem braunschweigischen Polizeiminister die Befähigung einer strafbaren Handlung bescheinigt und ihn nur aus dem formalen Grunde freigesprochen hat, daß diese strafbare Handlung eine Übertretung, kein Vergehen war. Es kann selbst in Braunschweig die Autorität eines Polizeiministers nicht erhöhen, wenn ein gerichtliches Urteil über dessen Handlungen ausspricht, daß sie, wenn auch strafrechtlich nicht zu fassen, keineswegs legal gewesen sind. Wäre Herr Franzen heute noch preußischer Amtsrichter, so würden diese Urteilsfäße zu seiner disziplinarischen Entsetzung aus dem Amte ausreichen.

Aber es hieße die Dummheit der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Führer gewaltig unterschätzen, wollte man diese moralische Niederlage allein als Ursache für den Rücktritt Franzens betrachten. Die letzten Gründe liegen tiefer. Sie sind die gleichen wie beim Rücktritt Frieds in Thüringen: nämlich das Gefühl des völligen Versagens in der jetzigen schweren Situation. Herr Franzen kann ebensowenig wie Fried Minister bleiben, weil er genau so unfähig wie dieser ist, irgend etwas von den hochtönenden Versprechungen der Nationalsozialisten in die Tat umzusetzen.

Die Kraft nationalsozialistischer Minister erschöpft sich im Negativen: sie können massenweise republikanische Beamte mahrgelut (wofür dann die bankrotten Ländchen die Pensionslasten übernehmen müssen), sie können wie Franzen dreitausend Eltern weltlicher Schulkinder auf je drei Tage ins Gefängnis schicken, aber sie können nicht im mindesten die Lage all der Unzufriedenen, die von ihnen mit goldenen Verheißungen gefüttert wurden, nur um ein 3-Tüpfelchen verbessern. Die werden nämlich nicht satt von kriegsbeherischen Schulgebeten oder von rassopathologischem Unsinn auf Hochschulfathedern. Die unzufriedenen Wähler verlangen wirtschaftliche Hilfe, und die kann ihnen am wenigsten eine Partei geben, die seit den Wahlen vom 14. September unaufhaltsam zum Bankrott und zur wirtschaftlichen Katastrophe treibt.

Um dieses völlige Versagen zu verschleiern, wälzt Franzen die Schuld auf das Reich und dessen Notverordnungen. Die armen Länder, so sagt er, seien machtlos und könnten nichts gegen das Reich ausrichten. Ach wirklich? Wenn dieses Argument von der Machtlosigkeit der Länder zuträfe, warum hehen dann die Nazis mit aller Kraft zum preußischen Volk begehren, warum erzählen sie denn ihren Wählern, daß die Eroberung Preußens der Schlüssel zur Macht im Reich sei?!

Nein, Franzen stößt sich nur selber ein geistiges Armutszugnis ersten Ranges aus, wenn er sein

Macdonalds Ankunft.

Stürmische Begeisterungsumgebungen auf dem Bahnhof Friedrichstraße.

Der englische Ministerpräsident, Genosse Ramsay Macdonald ist gestern um 17.17 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eingetroffen.

Zu seiner Begrüßung hatten sich der Reichskanzler Dr. Brüning, der Reichsaußenminister Dr. Curtius, der englische Außenminister Henderson, der englische Botschafter Sir Horace Rumbold sowie zahlreiche Beamte der englischen Botschaft und des Auswärtigen Amtes eingefunden. Die Stadt Berlin war durch Oberbürgermeister Dr. Sahm vertreten. Der ganze Bahnsteig war von Menschen besetzt, die nicht aus Neugier gekommen waren, sondern deren Wunsch es war, dem Ministerpräsidenten der englischen Arbeiterregierung ihre Sympathie und ihre Freude über seinen Besuch zu bezeugen. Kaum hatte Ministerpräsident Macdonald den Wagen verlassen und den Bahnsteig betreten, als

ein nicht endenwollendes Hoch- und Heilrufen

ausbrach, so daß es dem Reichskanzler schwer war, an den Gast der deutschen Republik Worte der Begrüßung zu richten. Ministerpräsident Macdonald war offensichtlich im ersten Augenblick über diese spontane Begrüßung verwundert. Dann, noch ehe er dem Reichskanzler und den anderen deutschen und englischen Herren die Hand zum Gruß drückte, dankte er, mit dem Schlapphut winkend, nach allen Seiten. Nur mit Mühe war es möglich, unseren englischen Gästen und den amtlichen deutschen Persönlichkeiten den Weg durch den Schalter zum Bahnhofsausgang freizumachen. Immer wieder mußte Macdonald stehen bleiben und durch Grüßen und Winken seinen Dank abstoßen.

Am Bahnhofsausgang fanden, wenn dies möglich war, die Kundgebungen noch eine Steigerung. Es war Macdonald nicht möglich, die vorgesehene kurze Ansprache vor dem Tonfilmapparat zu halten, weil immer wieder die den Platz zu vielen Hunderten umlagernden Massen in spontane Kundgebungen ausbrachen. Die Berliner Arbeiterschaft hatte das Herzensbedürfnis, unseren englischen Genossen, die in schwerer Verantwortlichkeit die Regierung des großen englischen Staates leiten und Völkerverständigung als Ziel und Wesensinhalt ihrer politischen Arbeit ansehen, ihre aufrichtige Sympathie und herzlichste Freundschaft entgegenzubringen. Hierfür zeugte auch der Wortlaut der immer wiederholten Zurufe:

„Hoch die englische Arbeiterregierung!“

„Hoch der englische Arbeiterminister Macdonald!“, „Dem Außenminister der englischen Arbeiterregierung ein dreifaches Heil!“, „Ein Hoch unseren englischen Brüdern von der Arbeiterpartei“, „Hoch die Sozialistische Internationale und ihre Mitglieder Macdonald und Henderson!“ Die englischen und vielleicht in ebenso hohem Grade die deutschen Minister konnten ihre freudige Bewunderung über diese aus dem Herzen kommende Befundung des Volkswillens zu Frieden und Verständigung nicht verbergen.

Die Berliner Polizei hat ihre Pflicht in musterwürdiger Weise erfüllt. Sie hat jede Absperrungsmaßnahme vermieden, die nicht im allgemeinen Interesse unbedingt geboten war. Das herzlichste Willkommen aber, das Macdonald und Henderson durch die Berliner Bevölkerung dargebracht wurde, möge ihnen ein Beweis dafür sein, wie hoch die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt ihr Wirken für den Völkerverständigung und die herzlichsten Beziehungen zwischen Deutschland und England einschätzt.

Deutsch-englische Trinkprüche.

Macdonald: Ein freies Deutschland kann nicht untergehen.

Bei dem Essen, das am Montagabend zu Ehren der englischen Minister in der Reichskanzlei stattfand, brachte zunächst Reichskanzler Dr. Brüning einen Toast auf den Herrn Reichspräsidenten und seine Majestät den König von England aus.

Der Reichskanzler hielt sodann folgende Ansprache: „Eure Excellenzen, meine Herren! Im Namen der Reichsregierung befehle ich Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Henderson, in der Reichshauptstadt auf das herzlichste willkommen. Das deutsche Volk hat ein lebhaftes und dankbares Gefühl für die Bedeutung dieses ersten Besuches der führenden englischen Staatsmänner in Deutschland. Mir ist es eine besondere Freude, die lebenswürdige Gastfreundschaft erwidern zu können, die Sie Herrn Curtius und mir vor nicht langer Zeit in Chequers und auch jetzt in London haben zuteil werden lassen.“

Ich hoffe aufrichtig, daß Sie sich bei uns während des leider nur

Der Fall Rientimp.

Schwere Belastung des Angeklagten durch Zeugen.

Dortmund, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Im Rientimp-Prozess wurden am Montag die Zeugenvernehmungen fortgesetzt.

Der Vorsitzende der „Geweba“, der die ersten Ermittlungen gegen Rientimp und Hundermarkt angestellt hatte, sagte aus, daß Hundermarkt ihm erklärt habe, wenn er die volle Wahrheit sagen wolle, würden noch führende Bäckermeister in die Angelegenheit verwickelt werden.

Beide Angeklagte seien gut bezahlt worden. Sie hätten es nicht notwendig gehalten, Schmiergelder anzunehmen. Die Ansicht der 6000 in der Innung vereinigten westfälischen Bäckermeister sei, daß die Gelder von Rientimp gefordert worden seien und es sich um Schmiergelder gehandelt habe. Rientimp erklärte dazu, er stimme mit dem Zeugen überein, daß Schmiergelder keinen Eingang in handwerksschaftliche Organisationen finden dürften. Er wende sich aber dagegen, daß seine Nebeneinnahmen als Schmiergelder zu betrachten seien.

Dem Staate nichts!

Dem völkischen Advokaten alles!

In der rechtsradikalen hollsteinischen Presse ist eine sehr interessante Polemik entbrannt wegen der Riesenhonore, die nach Angabe rechtsstehender Blätter dem völkischen Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune für die Verteidigung der Bombenleger gezahlt sein sollen. Die „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“, die nationalsozialistisch orientiert ist, behauptet, daß Lütgebrune für die Verteidigung der Bombenleger 150 000 Mark gefordert und davon bereits 100 000 Mark erhalten habe. In den ostpreussischen Aufrührerprozessen wegen der gewaltsamen Verhinde-

runge von Zwangsversteigerungen usw. habe Lütgebrune ähnlich Honorare gefordert. Dem agrarischen „Ostholsteinischen Tageblatt“ wird von einem führenden Mitglied der Landbewegung ähnliches mitgeteilt. Nach einem Prüfungsbericht der Landvolkmission seien an Dr. Lütgebrune bisher 82 000 Mark gezahlt worden. Mehrfach habe Dr. Lütgebrune sein Erscheinen zu Gerichtsverhandlungen verweigert, ehe er nicht im Besitze größerer Honorarsummen gewesen sei.

Am interessantesten aber ist folgende Bemerkung des agrarischen Blattes: Die Schleswig-Holsteinischen Bauern hätten Klüger daran getan, ihre Steuern zu bezahlen, statt das Mehrfache davon diesem nationalen Anwalt zuzuwenden zu müssen. — Woraus man ersieht, wie es mit der „Steuernot“ der Bombenleger in Wirklichkeit bestellt war. Einige Tausend Mark für den Staat waren angeblich nicht aufzutreiben, aber Zehntausende für Herrn Lütgebrune, — die waren im Handumdrehen da!

Die Revolution in Chile.

Präsident Ibanez zurückgetreten und gestochen.

New York, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Der Präsident von Chile, Ibanez, ist nach dreitägigen Straßenkämpfen in der chilenischen Hauptstadt Santiago zurückgetreten und hat die Stadt mit unbekanntem Ziel verlassen.

Senatspräsident Opazo hat die provisorische Präsidentschaft übernommen, der bisherige Innenminister Montero hat eine neue Regierung gebildet. In erbitterten Massendemonstrationen brachte die Bevölkerung am Sonntag ihre Feindschaft gegen den bisherigen Präsidenten zum Ausdruck. Die Zahl der Opfer der Straßenkämpfe wird auf 100 beziffert.

Verfagen auf die Ohnmacht der Länder gegenüber dem Reich zurückführt. Auf Severings Platz in Preußen gestellt, würde Franzen genau so täglich Schiffbruch erleiden. Aber Severing = Franzen, — die bloße Nebeneinanderstellung dieser beiden Namen rührt an den Kern der Sache. Kann sich jemand vorstellen, daß ein Severing oder ein Otto Braun mit einer derart läppischen Begründung von seinem Blöße davonlaufen würde, wie sie der „Vollakademiker“ Franzen sich geleistet hat, er, der nach Naziauffassung doch auf Grund seines akademischen Studiums die weitüberlegende Persönlichkeit gegenüber diesen ehemaligen Arbeitern darstellen müßte?!

Daß Franzen so gehandelt hat, wundert uns nicht. Wir haben es immer für sicher gehalten, daß die Naziführer als die typischen Repräsentanten einer politischen Viertel- und Achtelbildung in jeder Situation versagen werden, in der mehr von ihnen erfordert wird als ein paar oberflächliche Heißspalten gegen die „marxistische Bonzokratie“ oder gegen die „jüdische Welt Herrschaft“. Man nenne uns doch einmal aus dieser ganzen Führerreihe von Hitler über Straßer, Esser, Goering bis zu Goebbels und Münchmeyer auch nur einen einzigen, der je etwas Positives auf geistigem, auf wissenschaftlichem, auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet hat!

Wer ist denn der plötzlich so große Herr Franzen? — Ein unbekannter, ganz unbedeutender preussischer Amtsrichter, dem es innerhalb weniger Monate gelungen war, sich so weit von den Schranken richterlicher Objektivität freizumachen, daß er den Agitationsphrasenschwall der Nazis von der Dolchstoßlegende bis zu der „vom jüdischen Kapital gekauften Sozialdemokratie“ einigermaßen fehlerfrei aussagen konnte! Woher will denn ein solches Gehirn, das selbständig nie gedacht, niemals schaffend etwas geleistet hat, schließlich die Befähigung zum Ministeramt in allerkräftigster Zeit hernehmen?!

Der Bankrott Franzens nach dem Bankrott Fricks bedeutet den geistigen Bankrott der Nationalsozialistischen Partei überhaupt. Wir verstehen nun, warum diese Partei nach dem 14. September 1930 trotz ihres „Siegess“ niemals den ersten Versuch unternommen hat, in den Besitz der Regierungsmacht zu gelangen. Sie weiß; sie kann es einfach nicht. Sie würde in Wochen oder Monaten glatt erledigt, an ihrer sachlichen Unfähigkeit erstickt sein. Diese Partei, deren drittes Wort „Macht“ ist, die „Machtspolitik“ treiben will, — sie flüchtet in Wirklichkeit feige vor der Macht, weil sie die Verantwortung der Macht nicht ertragen kann!

Reich und Garantiefabrik.

Beteiligung zu zwei Fünftel.

Durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten ist die Reichsregierung ermächtigt worden, im Interesse der Wiederherstellung eines geordneten Zahlungsverkehrs das Reich an gesellschaftlichen Unternehmungen zu beteiligen und die erforderlichen Einlagen zu leisten, ferner Sicherheiten zu leisten des Reiches neu zu übernehmen. Diese Verordnung steht im Zusammenhang mit der Errichtung der Accept- und Garantiefabrik, von deren Aktien in Höhe von 200 Millionen Mark das Reich zwei Fünftel übernimmt.

Die Accept- und Garantiefabrik bildet das vermittelnde Glied, mit dessen Hilfe ein geordneter Zahlungsverkehr hergestellt werden soll. Die Bedeutung dieser Aufgabe ist so groß, daß die Reichsregierung eine materielle Mitwirkung durch Kapitalbeteiligung und Sicherheitsübernahme für unerlässlich angesehen hat. Durch die Mitwirkung des Reiches konnte das Kapital auf eine Höhe gebracht werden, die eine ausreichende Unterlage für umfassende Kredite an die Accept- und Garantiefabrik bietet.

Bersärfung der Devisenverordnung.

Anmeldung von Auslandsschulden.

Die Reichsregierung hat am Montag eine neue Rotverordnung erlassen, die sich auf die Ausfuhr von Markbeträgen erstreckt und die Devisenverordnung verschärft. Danach sind alle natürlichen Personen, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, Gesellschaften, Vereine, Stiftungen, Anstalten usw. und die Länder verpflichtet, ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern anzumelden. Davon ausgenommen sind solche Personen, die im diplomatischen Dienst stehen und denen nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Befreiung von persönlichen Steuern zusteht.

Anzumelden sind ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Fälligkeit die bestehenden Zahlungsverpflichtungen, die in Reichsmark oder in einer ausländischen Währung zu erfüllen sind, und deren Gläubiger ihren Wohnsitz, Vertung usw. im Ausland oder im Saargebiet haben. Nicht anzumelden sind die Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners, deren Kennbetrag oder Gegenwert insgesamt 50 000 M. nicht erreicht. Die Anmeldung ist binnen 10 Tagen nach Inkrafttreten der Verordnung bei der Anmeldestelle für Auslandsschulden, Berlin SW. 111, zu bewirken. Die Nichtbefolgung der Verordnung wird mit Geldstrafen bedroht.

Holland und die Stillhaltung.

Entgegenkommende Haltung der Banken.

Amsterdam, 27. Juli.

Die „Allgemeine Handelsblad“ zuverlässig erzählt, ist vor einigen Tagen bei der Niederländischen Bank ein Telegramm des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, eingegangen, wonach die englischen Banken beschlossen haben, vorläufig keine Gelder aus Deutschland zurückzuführen und die laufenden Kredite aufrechtzuerhalten.

Die Niederländische Bank wurde ferner ersucht, auf die holländischen Banken zu dem Zweck einzuwirken, daß sie gegenüber Deutschland sich in gleicher Weise verhalten sollten. Die Niederländische Bank habe diese Anweisung an alle holländischen Bankinstitute weitergegeben, die daraufhin beschlossen hätten, bis auf weiteres ihre wohlwollende Haltung gegenüber den deutschen Banken aufrechtzuerhalten.

Was ist mit der Butter los?

Auch der Kartoffelmarkt unruhig — Gemüse billiger

Seit einigen Wochen steigen in Berlin die Butterpreise. Auch der Rückgang der Frühkartoffelpreise ist zum Stillstand gekommen.

Das Steigen der Butterpreise begann in dem vergangenen außerordentlich heißen Juni. Die große Trockenheit führte zu einem Rückgang der Buttererzeugung, dazu kam ein starker Verbrauch an Frischmilch infolge der heißen Tage. Die Zufuhren wurden so knapp, daß die ausländischen Buttererzeuger, voran Dänemark, nicht die Nachfrage befriedigen konnten. Die Folge davon waren höhere Butterpreise. Die Kopenhagener Butternotiz stieg um 7 Kronen auf 195 Kronen für den Doppelzentner. Mitten in diese Butterkonjunktur plagte die deutsche Zahlungsstrafe. Die Devisennotverordnung drohte die Buttereinfuhr ab, da das Ausland Bezahlung in Devisen verlangte. Jetzt wissen weder Dänemark, noch Holland, noch die Randstaaten, die alle große Mengen Butter nach Deutschland lieferten, wohin mit ihrer Butter. Die Nutznießer dieser wertwürdigen Konstellation am Buttermarkt sind augenblicklich die Londoner, an die Dänemark die sonst nach Deutschland verkaufte Butter abzusetzen sucht. Natürlich fällt in London der Butterpreis bei dem großen Angebot. Auch Holland hat einen großen Ausfall und gewährt Preisnachlässe für Lieferungen nach Belgien und Frankreich; so ist die Leuwardener Butternotiz um 2 Gulden gesunken.

Durch diese Devisenschwierigkeiten ist nun der deutsche Verbrauch augenblicklich völlig auf den Inlandsmarkt angewiesen. Wie nicht anders zu erwarten, machten sich die deutschen Erzeuger den Ausfall der Buttereinfuhr zunutze und erhöhten die Preise. So nahm die Berliner Großhandelsnotiz für Butter folgende Entwicklung:

	27. 6.	4. 7.	14. 7.	21. 7.
I. Qualität je Pfd. ...	1,18 M	1,21 M	1,25 M	1,29 M
II. „ „ „ „ „ „ „ „ „	1,08 „	1,11 „	1,15 „	1,19 „
abfallende War.	0,94 „	0,97 „	1,01 „	1,05 „

Es ist noch nicht abzusehen, wann diese Entwicklung aufhören wird, da die deutschen Bäder- und Kurorte einen großen Butterbedarf haben.

Ähnlich gestalteten sich die Dinge am Markt für Frühkartoffeln. Wir konnten vor einer Woche berichten, daß die Preise für Frühkartoffeln eine erfreuliche Abwärtstendenz aufwiesen. Diese Tendenz ist jetzt zum Stillstand gekommen; der 70-Pf.-Preis für 10 Pfund Frühkartoffeln will nicht wanken. Das hat seinen Grund darin, daß auch bei den Kartoffeln die Einfuhr aus dem Ausland zum Erliegen gekommen ist. Denn ebenso wie die Buttererzeuger verlangten auch die Kartoffelleferanten Bezahlung der Ware in Devisen. Dadurch schnitten sich Italien, Belgien und Holland nur ins eigene Fleisch. Denn während vor einem Monat noch Tag für Tag rund 14 000 Doppelzentner Frühkartoffeln von Italien über den Brenner verfrachtet wurden, sind es gegenwärtig kaum noch 300 Doppelzentner! So ist Deutschland auch für Kartoffeln auf die inländische Produktion angewiesen, wo in diesen Tagen insbesondere die Niederrheingegend, Niedersachsen und die Altmark viele Kartoffeln anliefern. Und da die inländischen Erzeuger durch die Devisennotverordnung mit einem Schloß die lästige Auslandskonkurrenz los waren, müssen die Berliner Verbraucher jetzt die Beche bezahlen, indem die Frühkartoffelpreise ihren hohen Stand behalten.

Auch die Aussichten für ein Sinken der Kartoffelpreise in den nächsten Wochen sind sehr gering. Die Landwirtschaft hat gegenwärtig alle Hände mit der Getreideernte voll zu tun und verladet infolgedessen nur wenig Kartoffeln. Dann tritt am 1. August der volle Frühkartoffelzoll in Höhe von 4 Mark für den Doppelzentner in Kraft, diese Last wird auch nicht gerade nützlich für den großstädtischen Verbraucher sein.

Von all diesen unliebsamen Erscheinungen macht nur der Berliner Gemüsemarkt eine erfreuliche Ausnahme. Grüne Bohnen kosten je nach Qualität 8 bis 15 Pf. das Pfund, Mohrrüben 8 bis 10, Schoten 20 bis 25, Weißkohl 6 bis 10, Wirtungskohl 8 bis 10, Rotkohl 15 und die Liegnitzer Schmorgurken auch nur 8 bis 10 Pf. pro Pfund. Die ersten Birnen sind schon für 30 Pf. das Pfund zu haben, da sie an Aroma noch stark zu wünschen übriglassen.

Ehe sie ihn noch nach seinem Begehrt fragen konnte, stieß der Burfche die alte Frau von der Tür fort, so daß sie taumelte. Dann schloß er die Tür, packte die überraschte Greisin und schleppte sie über den Korridor in das Wohnzimmer hinein. Im Wohnzimmer wurde die Ueberfallene ohnmächtig. Als sie wieder zu sich kam, stellte sie fest, daß ihre Geldbörse mit 110 Mark Inhalt verschwunden war. Auch der Burfche war bereits geflüchtet. Die Beraubte wandte sich an einen Nachbarn, der das Ueberfallkommando rief, doch war der Täter nicht mehr zu finden.

Unwetter an der Unterelbe.

Große Flurschäden.

Stade, 27. Juli.

Gestern und heute sind wieder eine Anzahl schwerer Gewitter über verschiedene Teile des Unterelbgebietes niedergegangen, die ungeheuren Schaden angerichtet haben.

Schwere Gewitter zogen am Sonnabend über die Wingst. Der Blitz schlug mehrfach in Häuser und richtete Gebäudeschaden an. Viele Bäume wurden vom Blitz getroffen und zersplittert. Die Ueberschwemmungen nahmen wieder zu. Ein 10 Minuten anhaltender Hagelschauer richtete auf der Feldmark Wedel großen Schaden an. Auch über das Land Hadeln sind mehrere schwere Gewitter niedergegangen. Wolkenbruchartiger Regen ging über Otterndorf und Umgebung nieder. Großer Schaden ist in dem östlichen Teil des Kreises Rotenburg angerichtet worden. In einem Gebiet von etwa 600 Morgen liegt das Korn und der Hafer wie gemäht am Boden. 90 Proz. der Körner sind durch den Hagelschlag herausgeschlagen worden. Die kleinen Bestände vor dem Nichts. Da auch neue Schauer und Gewitter gegenwärtig niedergehen, ist der Schaden noch gar nicht zu überblicken. Er beträgt in der Feldmark Fintel allein 100 000 Mark.

Schwere Bootsunfälle.

Zwei tragisch verlaufene Wochenendausflüge.

Frankfurt a. d. O., 27. Juli.

Auf der Oder ereignete sich am Sonntag ein schwerer Bootsunglück, dem leider drei Menschen, eine Frau und zwei Männer, zum Opfer fielen.

Der Berliner Regattklub „Rand oder Sand“ wollte zu einem Wochenendausflug in Jäckeritz. Gegen 6 Uhr abends unternahm eine Gruppe von sieben Personen eine Spazierfahrt mit einem Außenbordmotorboot. Durch den ungewöhnlich starken Wellenschlag des stromaufgehenden Dampfers „Merkur“ wurde das Boot umgeworfen, und alle Insassen fielen ins Wasser. Drei Personen ertranken, und zwar der Bäderrennvor Karl Schmerbauch aus Berlin-Kaulsdorf, der Bankbeamte Ernst Schüller aus Berlin-Hoppegarten und die 13jährige Frau Anni Heinzmann, gleichfalls aus Berlin. Während die Leiche der Frau sofort geborgen werden konnte, trieben die beiden anderen ab. Eine der beiden Leichen konnte am Montagmittag bei Alt-Küstrinken gelandet werden.

Osnabrück, 27. Juli.

Ein tragisches Ende nahm ein Bootsausflug, den der Osnabrücker Rotburga-Verein am Sonntag veranstaltet hatte. Als die 18 Teilnehmer mit einem Fahrzeug unweit von Damme die Mitte des Dümmersees erreicht hatten, kenterte das Boot plötzlich infolge des hohen Wellenganges. Die Insassen stürzten ins Wasser und trieben hilflos in den Wellen. Da der See infolge des schlechten Wetters wenig besucht war, dauerte es 1 1/2 Stunde, bis man auf den Unglücksfall aufmerksam wurde. Ein 25jähriger Mädchen aus Düsseldorf ertrank, während es unter großen Anstrengungen gelang, die übrigen 17 Personen zu retten.

Große Unterschlagungen.

80 000 Mark durch einen Bankbuchhalter veruntreut.

Großen Unterschlagungen, die bis in das Jahr 1929 zurückreichen und bisher etwa 80 000 Mark betragen, ist man auf dem Umwege über einen Diebstahl jetzt auf die Spur gekommen.

Bei der Gemeinschaftskasse der Deutschen Hypothekbank, Unter den Linden 50/51, war seit einer Reihe von Jahren als Buchhalter der 25 Jahre alte Ernst Kröning angestellt. In seiner Abteilung, die mit der Verbuchung eingegangener Hypothekbriefe beschäftigt ist, sind noch fünf andere Angestellte tätig. In der letzten Zeit wurden diesen Angestellten mehrmals verschiedene Sachen entwendet, so einem der Herren erst kürzlich eine Brieftasche mit 300 Mark. Auf die Anzeige hin untersuchte die Kriminalpolizei die Angelegenheit und forschte dem Leben der in der Abteilung Beschäftigten nach. Dabei kam heraus, daß Kröning, der sich im Januar 1931 verheiratet hat, in der Fregestraße 70 in Schöneberg eine 7-Zimmerwohnung innehat, die mit allem Luxus ausgestattet ist. Er lebte mit seiner Frau auf so großem Fuße, daß es mit seinem Einkommen unmöglich in Einklang zu bringen war. Zur Rede gestellt, gab Kröning endlich zu, im Laufe der Jahre immer wieder Unterschlagungen verübt zu haben, um seinen kostspieligen Gewohnheiten nachgehen zu können. Durch falsche Buchungen hat

er die Veruntreuungen bisher zu verschleiern gewußt. Hypothekbriefe, die er hätte verbuchen müssen, nahm er an sich und verkaufte sie bei anderen Banken. Auch den Diebstahl der Brieftasche seines Arbeitskollegen gab er zu. In der letzten Zeit hatte er nichts mehr unterschlagen können, brauchte aber dringend Geld und vergriff sich daher an dem Gelde der Angestellten. Nach vorläufigen Feststellungen hat der Ungetreue insgesamt 80 000 Mark an sich gebröht. Es ist aber möglich, daß sich die Summe noch erhöht. Kröning wurde festgenommen und wird dem Richter vorgeführt werden.

Raubüberfall in Schöneberg.

15jährige Frau als Opfer.

Mit ungenüßlicher Dreißigkeit wurde am Montag ein Raubüberfall in Schöneberg verübt. Der Täter, dem es gelungen ist, zu entkommen, hat 110 Mark erbeutet.

Im Erdgeschoss des Hauses Wielandstraße 20 in Schöneberg wohnt die 75 Jahre alte Witwe Estriede Diesterhaupt zusammen mit einer 80 Jahre alten Dame in einer 3-Zimmer-Wohnung. Am Vormittag gegen 12 Uhr kam der Gelbbrieftäger und brachte Frau D. 100 Mark. Etwas später ging die Mitmieterin aus. Gegen 2 Uhr klingelte es an der Wohnungstür und als Frau Diesterhaupt öffnete, sah sie sich einem etwa 20 Jahre alten Burfchen gegenüber, der seine Rüge tief ins Gesicht gezogen hatte.



Die Konzeßionäre landeten am Ufer von Tschobolskary. Am Abend vergrößerten die Freunde durch den Verkauf des Wassuti-Bootes ihr Kapital um fünf Rubel. Sie stiegen auf den Dampfer „Arizki“ und fuhren nach Stalingrad. Sie rechneten damit, unterwegs den langsam fahrenden Ziehungs-dampfer zu überholen und das Kolumbus-Theater in Stalingrad bequem zu erwarten.

Hundertmal war im Verlaufe dieses Romans der Abend angebrochen, die Sonne untergegangen, hatten die Sterne geleuchtet, niemals aber war der Abend von einer solchen Milde und seltsamen Vorahnung großer Ereignisse erfüllt gewesen.

Das Deck des „Arizki“ füllte sich mit einer von der untergehenden Sonne orangefarbenen Menschenmenge. Am rechten Ufer stiegen die Schiguli-Berge mächtig empor. Große Aufregung bemächtigte sich der Passagiere.

Ostap war wie durch ein Wunder vom Deck dritter Klasse auf den Vordersteven des Dampfers gelangt. Jetzt zog er den Führer heraus und erfuhr hier, daß die Fahrt entlang der Schiguli-Berge einen außerordentlichen Genuß biete.

Vor ihnen glitt der Ziehungs-dampfer dahin. Der „Arizki“ kam müheelos zuvor. Die Konzeßionäre blickten hoffnungsvoll auf ihre erste schwimmende Zukunft. Dort inmitten von Reklamekrempel und Kanäleträumen standen die drei Stühle in der Kajüte des Regisseurs. Der „Strjabin“ blieb immer weiter zurück. Bei Samara waren nur noch keine Lichter sichtbar.

Der „Strjabin“ kam Anfang Juli nach Stalingrad. Die Freunde erwarteten ihn am Landungsplatz, wobei sie sich hinter Warenlisten am Ufer versteckt hielten. Vor dem An-laden fand auf dem Dampfer noch eine letzte Ziehung statt.

Vier Stunden lang mußte man auf die Stühle warten. Als erste stiegen die Ziehungsbeamten und die Schauspieler des Kolumbus-Theaters vom Dampfer.

Dann kam die hydraulische Presse, hierauf wurden die Möbel des Kolumbus-Theaters ausgeladen. Als die Stühle drankamen, dunkelte es bereits. Die Schauspieler bestiegen fünf

große Lastwagen und fuhren mit lustigem Gefachei direkt zum Bahnhof.

„Es scheint, daß sie in Stalingrad keine Vorstellung geben werden“, sagte Worobjew.

Das machte Ostap stutzig. „Wir werden mitfahren müssen“, beschloß er, „aber woher sollen wir das Reisegeld nehmen? Jedenfalls müssen wir zum Bahnhof gehen, dort werden wir schon sehen.“

Auf dem Bahnhof erfuhren sie, daß das Theater nach Pjatigorik fahre. Die Konzeßionäre besaßen nur für eine Fahr-tarte Geld.

„Können Sie schwarzfahren?“ fragte Ostap Worobjew. „Ich werde es versuchen“, sagte Worobjew schüchtern.

„Der Teufel soll Sie holen! Es ist besser, Sie versuchen es nicht. Ich werde mich auch diesmal opfern müssen. Keinet-wegen werde also ich schwarzfahren.“

Sie lösten für Worobjew ein Billett dritter Klasse ohne Nagkarte. Er langte auf der mit Oleander in grünen Töpfen geschmückten „Mineralwasser-Station“ des Kurortes an und begann Ostap zu suchen.

Längst schon saßen die Schauspieler in den neuen kleinen Wagen der Lokalbahn, die von dieser Station nach Pjatigorik fuhr — und Ostap war noch immer nicht da. Er kam erst spät am Abend an und fand Worobjew in größter Aufregung.

„Wo waren Sie!“ stöhnte der Vorsitzende. „Ich habe mich so abgequält.“

„Sie haben sich abgequält, Sie, mit einer Fahrkarte in der Tasche? Und ich habe mich nicht abgequält? Hat man mich in der Station Tichorjeska vielleicht nicht aus dem Zug ge-jagt? War ich es also nicht, der dort drei Stunden gefessen ist und gemartet hat, bis ein Lastzug mit leeren Mineralwasser-flaschen kam? Sie sind ein Schwein, Herr Vorsitzender! Wo ist das Theater?“

„In Pjatigorik.“

„Fahren wir! Ich habe mir unterwegs etwas verschafft. Ein Reingewinn von drei Rubeln. Das ist freilich nicht viel, es wird aber für Mineralwasser und die Eisenbahnkarten reichen.“

Ein Lokalzug, der wie ein Lastwagen donnerte, brachte die Reisenden in fünfzig Minuten nach Pjatigorik.

Eine Aussicht auf den Malachitmond.

Es war ein klarer Sonntagabend. Der Berg Maschuf mit seinen Sträuchern und Wäldern sah aus wie gut durch-gekämmt, und es war, als dufte er nach Birkenwasser. Weiße Hosen verschiedenster Art waren auf dem Perron

zu sehen: Hosen aus Leinwand, Duvelin, Baumwollstoff und zartem Flanell. Die Konzeßionäre in ihren schweren schmutzigen Schuhen, den warmen staubigen Hosen, Westen und Röcken fühlten sich hier gar nicht am Plage. Aus all der Mannigfaltigkeit bunter Stoffe, in die die Kurordamen gekleidet waren, hob sich als hellstes und elegantestes Kostüm das des Stationschefs hervor. Zum Staunen der Reisenden war der Stationschef eine Frau. Rotblonde Locken quollen unter der roten Rüge hervor, die zwei silberne Streifen trug. Die Uniform bestand aus einer weißen Jacke und weißem Rock.

Die Reisenden bewunderten den Stationschef, lasen die frisch aufgeklebten Plakate der Gastspiele des Kolumbus-Theaters in Pjatigorik, tranken zwei Gläser Mineralwasser zu fünf Kopeken und fuhren sodann mit der Elektrischen Bahn-hof-Blumengarten in die Stadt. Die Eintrittskarten in den Blumengarten kosteten zehn Kopeken.

Im „Blumengarten“ gab es viel Musik, viele lustige Menschen und sehr wenig Blumen. In einem weißen muschel-förmigen Pavillon spielte ein Symphonieorchester den „Rückentanz“.

Niemand beachtete die beiden schmutzigen Brillantenjäger. „Ach, Kissa!“ sagte Ostap. „Wir sind hier sehr deplaciert bei diesem Fest des Lebens.“

Die erste Nacht verbrachten die Konzeßionäre an der Mineralquelle. Hier erst, in Pjatigorik, als das Kolumbus-Theater zum fünftenmal seine „Heirat“ vor den staunenden Einwohnern aufführte, kam ihnen die ganze Schwierigkeit des Jagdunternehmens zum Bewußtsein. Ins Theater zu ge-langen war nicht so leicht, wie sie gehofft hatten. Galkin, Malkin, Tschalkin und Salkin übernachteten hinter der Bühne, da ihr Gehalt ihnen nicht erlaubte, im Hotel zu wohnen. So vergingen die Tage, und die Freunde strengten alle ihre Kräfte an — sie übernachteten auf dem Plage, wo einst Vermotoffs Duell stattgefunden hatte, und lebten davon, daß sie Touristen die Koffer trugen.

Am sechsten Tage gelang es Ostap endlich, die Bekann-tschaft des Monteurs Metchnikow, des Leiters der hydrau-lischen Presse, zu machen. Metchnikow war derzeit in einem schrecklichen Zustand: da er kein Geld hatte, war er gezwun-gen, nur Mineralwasser zu trinken, und er verkaufte, wie Ostap herausgebracht hatte, verschiedene Theatergegenstände auf dem Markt. Die entscheidende Unterredung fand eines Morgens bei der Quelle statt. Schließlich kam es so weit, daß der Monteur Metchnikow Ostap „mein Süßer“ nannte und sich mit allem einverstanden erklärte. (Fortf. folgt.)

Esst Seefische!

Propaganda im Kinderheim.

Draußen in der Walderholungsstätte im Brunenwald, am Teufelssee, tummeln sich die Ferienkinder, die durch die Not der Zeit auf eine Reise nach außerhalb verzichten müssen. Hier kräftigen sie bei frohem Spiel und guter Pflege ihre Gesundheit, hier wird ihnen ein wertvoller Ersatz geboten für das, worauf die Zeitslage zu verzichten notwendig macht.

Neben der frischen Luft und der körperlichen Bewegung fördert die Kinder vor allem auch das gute Essen, das dort draußen verabreicht wird. Zu meist sind es Wohlfräule, die für die Speisung der Kinder sorgen. Die Leere im Säckel der Kommune ist zu groß, als daß diese wirksam überall dort, wo sie möchte, eingreifen könnte. Jede Woche einmal erprobt diese Erholungsstätte auch den Appetit auf ein Seefischgericht. Nach der Aufnahme, die wir wiedergeben, muß dieses Essen in der letzten Woche den Kindern ganz besonders gut gemundet haben. Und in der Tat war es eine Freude zu beobachten, wie über 600 Kinder bei dem gebadenen Fischfilet von Kabeljau zusahen. Allgemein hörte man: „Donnerwetter, das schmeckt aber gut“ und „Na, das hätte ich gar nicht gedacht, daß Fisch so gut schmeckt.“ Das gebotene Fischgericht hatte zudem noch einen besonderen Vorzug: es war grätenfrei. Als Zutat gab es Kartoffel-Isolat, der gleichfalls allgemeinen Beifall fand. Das Alter der Kinder, die dort draußen Erholung finden, liegt zwischen 3 und 14 Jahren. Der Reichsseefischauschuh, von dem diese Propaganda ausgeht, verabreichte den Kindern zu dem schmackhaften Essen auch ein Seefischbüchlein für Mütter, ein Merkblatt „Sollen Kinder Fisch essen?“, ein Fährchen und ein Fischspiel, bei dem angeln und gefischt sein die Rollen sind. Die Geschenke, das läßt sich denken, wurden mit mächtigem Hallo und großer Freude aufgenommen. In einer Ansprache wies der Leiter des



Eine wirksame Propaganda.

Reichsausschusses, Regierungsrat Finzel, auf die Bedeutung der Seefischkost hin. Er hatte wohl Grund zu sagen, daß noch heute ein unberechtigtes Vorurteil gegen Fischkost bei vielen Menschen zu überwinden sei. Die genossene Mäßigkeit aber habe bewiesen, wie sehr sich Fischkost für die Speisung und vor allem auch für die Massenspeisung von Kindern eigne. Der stellvertretende Bürgermeister vom Bezirksamt Wilmerdorf, Spanier, dankte dem Reichsseefischauschuh für seine Hilfe. Daneben aber betonte er die unerlässliche Mitarbeit aller Helferinnen und Helfer, die hier draußen sich um das Wohl der Großstadtkinder sorgen und mühen. Die frohen Mienen der Kinder, ihr herzliches Lachen, ihr munteres Spielen sind für den Erfolg dieser Arbeit ein bezeugtes Zeugnis.

Die Zeitung der Kindererholungsstätte im Brunenwald liegt in den Händen von Oberlehrer Hallupp, der sich bereits seit Jahren in uneigennütziger Weise dazu hergibt, die Kinder, die während der Ferien dort draußen Erholung finden, zu betreuen.

gegeben worden. Dagegen hat der Polizeipräsident den Veranstaltern anheimgestellt, ihre Veranstaltungen ohne An- und Abmarsch auf einem unbesetzten Platz durchzuführen.

Der ungetreue Büchsenmachermeister.

Zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Schnellschöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Marcard verurteilte am Montag den Büchsenmachermeister Rudolf Lohle wegen Vergehens gegen § 25 des Schußwaffengesetzes in Tateinheit mit Vergehens gegen § 19 des Kriegsgerätegesetzes vom 27. Juli 1927 zu vier Monaten Gefängnis.

Der Berliner Kriminalpolizei ist seit längerer Zeit bekannt, daß an verschiedenen Stellen der Stadt ein schwunghafter Handel mit Schußwaffen, vornehmlich mit Ringvereinsmitgliedern betrieben wurde. Im Inneren der Stadt kann man an den verschiedensten Stellen ohne Waffenschein in den Besitz aller Arten von Feuerwaffen gelangen. Nach derartigen wilden Waffenhändlern stellte die Kriminalpolizei in den ersten Tagen dieses Monats umfangreiche Fahndungen an und nahm am 9. Juli in der Wohnung des Büchsenmachermeisters Lohle in der Auguststraße eine Hausdurchsuchung vor, nachdem die Schußpolizisten vorher die Strafe für den Verstoß abgeriegelt hatten. Die Kriminalbeamten beschlagnahmten in den Räumen des dem Büchsenmachermeister gehörigen Hauses und im Keller ein Waffenlager, bestehend aus 1000 Seitengewehren, 5 Parabellumpistolen, 500 anderen Pistolen, einem Fliegermaschinengewehr, drei Karabinern, 12 Karabinerläufen, einem österreichischen Armeegewehr, 20 Gewehrläufen vom Modell 98, zwei Trommelrevolvern, zwei Handgranaten, einigen hundert Schuß Modell 88 Karabinermunition und Modell 98 S-Munition und einigen 100 Schuß Parabellum-Munition.

In der Verhandlung ließ sich nicht feststellen, welchem Zweck diese Waffen dienen sollten. Ursprünglich war der Verdacht aufgetaucht, daß es sich um ein Stahlhelm-Waffenlager handelte, ein anderes Mal hieß es, daß Lohle die Waffen nach Bulgarien und der Türkei zu verkaufen beabsichtigt habe, aber für beides haben sich keine Anhaltspunkte geboten. Lohle selbst behauptet, die Waffen größtenteils geschenkt bekommen und umgearbeitet zu haben, um sie bei Filmaufnahmen an Filmgesellschaften verkaufen zu können. Diese Darstellung Lohles konnte ihm vor Gericht nicht widerlegt werden.

Das Schnellschöffengericht hat den Haftbefehl gegen Lohle aufgehoben und ihn aus der Untersuchungshaft entlassen. Lohle war am 11. Juli auf Anordnung des Vernahmungsrichters im Polizeipräsidium wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet worden.

Eine ganze Familie revolliert.

Feuerwehr muß beruhigen.

Werder a. d. Havel, 27. Juli.

Die Brüder Rudolf und Frh Wilsprei waren am Sonntagabend wegen Trunkenheit aus einem Lokal am Markt herausgewiesen worden. Als sie von Polizeibeamten an dem Wiederbetreten des Lokals gehindert wurden, griffen die beiden Brüder die Beamten tödlich an. Vater, Mutter und zwei weitere Brüder Wilsprei eilten hinzu, und die ganze Familie fiel über die Polizeibeamten her. Der Markt war gedrängt voll Menschen, die aber meist gegen die Beamten Partei nahmen. In höchster Not gab einer der am Boden liegenden Beamten Schüsse ab, durch die Frh Wilsprei zwei Bauchschüsse und Rudolf Wilsprei einen Oberschenkelschuh erhielt. Trotz seiner Bauchschüsse holte Frh Wilsprei aus dem Lokal noch einen Stuhl herbei und schlug auf den am Boden liegenden Polizeibeamten los. Schließlich wurde die Werdersche Feuerwehr alarmiert, die mit der Motorpömppe den Markt von den Kämpfenden und den Zuschauern säuberte.

Verbot von Aufmärschen im Lustgarten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Verschiedene Parteien, so die Kommunistische Partei, die Rationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und der Stahlhelm, Landesverband Gau Groß-Berlin, hatten für den 1. und 2. August öffentliche Versammlungen im Lustgarten vorgezogen. Den Anträgen der genannten Parteien ist nicht statt-

Letzte Ergebnisse der Olympiade

Leichtathletik und Wassersport.

M. J. Wien, 27. Juli.

Die letzten Entscheidungskämpfe, die die Leichtathleten und die Schwimmer am Sonnabendmittag und abends in Wien austragen, brachten Deutschland einen schönen Sieg. Der Berliner Greuling siegte im Turmspringen gegen schwerste Konkurrenz mit 60 Punkten. Zweiter wurde der Oesterreicher Stadlmayer, der 58 1/2 Punkte erwarb, und sein Landsmann Diemhain brachte es auf 57 1/2 Punkte.

Weiter verzeichnen wir:

100-Meter-Freistil Männer Entscheidung: 1. Hamilit (Oesterreich) 1,06 Minuten; 2. Lamipaa (Finnland) 1,08; 3. Czapek (Oesterreich) 1,09. 200-Meter-Männer-Brustschwimmen: 1. Paananen (Finnland) 2,57,6; 2. Bayer (Oesterreich) 2,28,4; 3. Högl (Oesterreich) 3,05,6.

Bei den Leichtathleten sind einige Entscheidungskämpfe nachzutragen. Bei den 100-Meter-Hürden siegte Schenner (Oesterreich) in 15,9 Sekunden. Zweiter wurde Lätzingen (Finnland) mit 16,1 Sekunden. Das Speerwerfen holte sich ebenfalls Finnland, indem Takkinen 62,08 Meter warf. Auch den 800-Meter- und den 1500-Meter-Lauf errang Finnland. Im ersten Kampf siegte Guseff in 1,57,5 Minuten, im letzteren Kampf Salmi der 15,25,7 Minuten brauchte. Er schlug unseren Deutschen Wagner-Weipzig, der 15,46,2 lief. Die 10-mal-60-Meter-Staffette wurde eine Beute der Oesterreicher, die 1,12,2 Minuten brauchten; Deutschland wurde disqualifiziert.

Im Prater, dem weiteren Wettkampfbereich, ging es den ganzen Sonntag über lebhaft zu. Zehntausende stark, vielleicht waren es auch hunderttausende — wer wollte zählen? — waren die Wiener in ihren Park gezogen, um mit dabei zu sein. Die Lokale waren überfüllt, auf dem Rasen lagerten Familien und Schlachtenbummler. Ueberfüllt war aber auch den ganzen Tag lang das Riesenstadion, das 60 000 feste Plätze hat, aber von den Massen mehrfach besetzt wurde. Ein Enthusiasmus ohne gleichen begleitete die Kämpfer auf dem Rasen und der Aschenbahn, oft wurden die Kämpfe von Freilübungen und anderen Sonderaufführungen unterbrochen. Zum ersten Male hat sich ein einheitliches Übungssystem für die Massenfreilübungen und Gymnastikvorführungen durchgesetzt und alle zeigten auch einheitliche Kleidung, kurze Hosen und kleines Hemd. Die Sportleiter in Leipzig, Karl Bühren und Hilde Suder, hatten die Übungen entworfen, die Rußland von Gangelberger.

Ueberall zeigte sich Einheitlichkeit: In den Übungen, im freizeitsportlichen Kampf und in der Gelingen. Diesen Geist belebt zu haben mit dem Ziel, Arbeiter nur in Arbeiterportvereinen ihre Leibesübungen betreiben zu lassen, ist das Verdienst der zweiten Olympiade in Wien.

Der Dieb der Verfassungsurkunde.

Das Geheimnis des „Giftschranks“ im Reichstag.

Eine merkwürdige Persönlichkeit wird heute als Angeklagter vor dem Schöffengericht stehen. Es handelt sich um den Handlungsgehilfen Walter Wohlgenuth, der im Oktober des Vorjahres den aufsehenerregenden Diebstahl im Reichstagsgebäude verübt hat.

Wie erinnerlich, war damals unter verschiedenen Büchern und Dokumenten auch die historische Verfassungsurkunde des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1849 gestohlen worden.

Das wertvolle Dokument war in einem Tresor verborgen, der den Namen „Giftschrank“ trug, und hauptsächlich als Aufbewahrungsort für konfiszierte Bücher und Schriftstücke benutzt wurde. Erst im April d. J. gelang es, den lange gesuchten Dieb festzunehmen. Er hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er Silbergegenstände von beträchtlichem Sammlerwert in eine Pfandleihe gebracht hatte. Das Silber wurde als gestohlenen Gut aus dem Reichstag festgestellt. Der Pfandleiher erkannte im Verbrecheralbum den Mann, der ihm die Gegenstände gebracht hatte. Es war Wohlgenuth, der erst wenige Monate vorher eine Zuchthausstrafe von 3 1/2 Jahren in Anstalt verübt hatte.

Wohlgenuth war, nachdem er aus der Haft entlassen wurde, nach Berlin gekommen. Hier verschaffte er sich als Vertreter einer religiösen Gemeinschaft Eingang in den Reichstag, und zwar soll ihm, nach seinen Angaben, ein Abgeordneter dazu verholfen haben. Er kam recht oft ins Reichstagsgebäude, hielt sogar Andachten und Bibelstunden mit Dienern ab und von diesen erfuhr er von der Existenz eines Schanks, der geheimnisvolle Schätze bergen sollte. In einem unbewachten Augenblick entwendete er aus einem eisernen Schrank, der häufig offen stand, die Verfassungsurkunde. Vorher hatte er schon Schubladen und Kästen, deren Inhaber sich auf Urlaub befanden, im Reichstag erbrochen und von dort das Silberzeug entwendet. Wir werden über den Ausgang der Verhandlung berichten.

Zeppelin über Ost-Spitzbergenmeer.

Luftschiff verlangsamt die Fahrt.

Friedrichshafen, 27. Juli.

Ein auf Umwegen beim Luftschiffbau Zeppelin eingetroffenes Funktelegramm gibt den Standort des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ für 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit mit 75 Grad 50 Minuten nördlicher Breite und 48 Grad 20 Minuten östlicher Länge über dem Ost-Spitzbergen Meer halbwegs zwischen der Insel Kolaujew und Franz-Josephs-Land westlich von Nowaja Semlja an. Die Funktion des Luftschiffbaues selbst hat mit dem Luftschiff zur Zeit infolge der beschränkten Verwendungsmöglichkeit der für den Zunftverkehr vorgesehenen Kurzwelle noch keine Verbindung. Die Fahrt verläuft langsamer. Die Ursache der langsamen Fahrt konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Ein Versuch der Kurzwellenstation in Archangelsk, die Station auf der Insel Kolaujew um Auskunft zu bitten, ob „Graf Zeppelin“ die Insel wirklich überflogen hat, ist bisher nicht gelungen.

Hafenkreuzer gegen Reichsbanner.

Eine Horde von etwa 35 bis 40 Hafenkreuzern versuchte gestern Abend eine Gruppe von etwa 25 Reichsbannerleuten, die durch die Friedrichstraße gingen, zu überfallen. Es kam zu einem Handgemenge, das erst durch das Ueberfallkommando beendet werden konnte. Zwei Beteiligte wurden zur Abteilung IA des Polizeipräsidiums gebracht. Es ist einwandfrei erwiesen, daß die Hitler-Leute die Angreifer waren.

Revisionsantrag Straubes.

Lüneburg, 27. Juli.

Die Verteidigung des Hauptangeklagten, des ehemaligen Erziehungsleiters Straube im Scheuen-Prozess, hat heute gegen das auf zwei Jahre Gefängnis lautende Urteil Revision eingelegt.

Ein Mann, der Fahrkarten druckte.

Rückfälliger Betrüger vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte konnte man gestern hören, wie der Ingenieur Dubelczil zu seiner Braut nach Eiberfeld auf Fahrkarten fuhr, die er selbst gefälscht hatte, und wie er seine Fabrikate an den Fahrkartenschaltern an den Mann brachte.

Der Ingenieur Dubelczil ist kein Neuling in seiner Spezialität. Zweimal hatte er bereits wegen Fahrkartenfälschungen längere Gefängnisstrafen verbüßt. Sein Mitangeklagter, der Kunstmalers Schmidt, ist gleichfalls keine unbekannt Persönlichkeit. Sein Name ist von dem berühmten Bilderraub aus dem Schloß Radolzburg her in Erinnerung. Er hatte den Einbruchplan gemeinsam mit dem bekannten Kunstkenner und Bildermaler Pippmann entworfen. Auch einen anderen „Radolzburg“ sah man gestern im Gerichtssaal wieder. Den Herrn Breitfeld. Allerdings nur als Zeugen; ihm hatte Dubelczil nämlich zwei Fahrkarten nach München zur Verfügung gestellt, die zu seinem Glück ohne Verwendung blieben. Eines Tages wurde Herr Dubelczil zwischen dem Schlesienschen Bahnhof und dem Bahnhof Zoo aus dem Zuge herausgeholt, als er eine Fahrkarte nach Bonn vorwies.

Man fand bei ihm noch eine zweite gefälschte Fahrkarte nach Köln, außerdem auch einige halb fertige Fabrikate, ein Fläschchen mit schwarzer Tusche und eine Zahlmaschine. Er war geständig, etwa fünfmal mit gefälschten Fahrkarten zu seiner Braut nach Eiberfeld gefahren zu sein und auch diese einmal mit einer solchen Fahrkarte versorgt zu haben. Das Geheimnis der Fabrikation soll an dieser Stelle nicht offenbart

werden. Festgestellt sei nur, daß es nichts Einfacheres gibt, als sich selbst mit Fahrkarten zu versehen.

Herr Dubelczil machte es gewöhnlich so, daß er zwei solcher Fahrkarten mit auf den Weg nahm, sie beide durchlöcher ließ, um für den Fall, daß ihm eine Karte weggenommen werden sollte, er immer noch mit der anderen Karte durch die Bahnsperrung kommen konnte. Er benutzte in der Regel eine Fahrkarte, die auf ein weiteres Ziel ausgestellt war, um sie unter dem Vorwand einer Fahrkartenüberreichung an der Bahnsperrung nicht abgeben zu müssen. Fuhr er zum Beispiel nach München, so galt die Bahnkarte auf Garmisch-Partenkirchen. Herr Schmidt hat eines Tages wie er behauptete, nichtsahnend an der Fahrkartenkasse von einem Unbekannten vier Karten nach München gekauft.

Die Freundin des Herrn Schmidt hatte ihn aber versehen, er fuhr nach München solo und schenkte dort einer anderen Freundin die beiden Karten, daß sie mit ihm nach Berlin und dann auch zurückreisen könne. Sie hatte aber das gleiche Pech wie wenige Tage zuvor Herr Dubelczil in Berlin. Herrn Breitfeld waren im letzten Augenblick Bedenken gekommen. Die Karten wurden von ihm vernichtet.

Es wäre natürlich naiv, zu glauben, Herr Dubelczil habe nicht mehr Karten gefälscht als ihm nachzuweisen war. Die Anklage beschränkte sich allerdings auf die wenigen Fälle.

Das Gericht verurteilte den Ingenieur Dubelczil zu 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus und befreit ihn auch gleich da, Herr Schmidt kam mit 8 Monaten Gefängnis davon.

Sozialisierung des Bankensrisikos.

Die neue Garantie- und Akzeptbank. — Wann kommt die Bankenkontrolle?

Eine der von uns vorgestern gestellten Fragen über die Konstruktion der neuen Akzept- und Garantie-Bank ist inzwischen beantwortet worden. Die Frage nämlich, ob das Reich und die öffentliche Verwaltungs- und Wirtschaftssphäre auch hier wieder mit Garantien für die private Bankwirtschaft geraden stehen muß. Die Frage ist positiv beantwortet worden: das 200-Millionen-Kapital der neuen Bank wird nämlich vom Reich mit nicht weniger als 80 Millionen Mark gezeichnet werden und an dem Rest von 120 Millionen sind die Goldbank, die Rentenbankkreditanstalt, die Deutsche Verkehrsbank (Reichsbahn) und die Preussische Staatsbank (Seehandlung) beteiligt. Die Anteile der genannten öffentlichen Banken werden jedenfalls relativ größer sein als die der beteiligten Privatbanken. Daß das 200-Millionen-Kapital zunächst nur mit einem Viertel eingezahlt wird, ändert nichts an dem Garantieverhältnis zu Lasten der öffentlichen Hand.

Wir haben also festzustellen, daß das Reich und öffentliche Banken in überwiegendem Maße den deutschen Privatbanken wieder zu Hilfe kommen müssen. Das geschieht in einem Zeitpunkt, in dem das Reich beispielsweise die ihm viel näherstehenden und durch seine eigene Finanzpolitik der Not preisgegebenen Kommunen hungern läßt. Wir wollen nicht die Notwendigkeit einer so starken Inanspruchnahme öffentlicher Garantien im gegenwärtigen Augenblick bezweifeln, wir wollen auch die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Eintretens der öffentlichen Hand für die Privatwirtschaft nicht in Frage stellen. Wir haben das auch im Falle der Darmstädter und Nationalbank, als deren Schalterkredit die ganze deutsche Kreditwirtschaft in ihren Strudel zu ziehen drohte, nicht getan. Wir haben es nicht getan, obwohl die D.-Bant, also eine Schwester der gefährdeten Danat, sich weigerte, eine Stützung der Danat mitzumachen.

Wir haben der Deffenlichkeit aber ins Bewußtsein zu rufen, daß es hier wieder der Staat ist, der für die privatkapitalistische Wirtschaft einspringen muß. Wir haben weiter festzustellen, daß auch hier wieder ein Fall vorliegt, in dem sich die private Wirtschaft, die sieben Jahre lang gegen die Einmischung des Staates in die Wirtschaft Sturm gelaufen ist, sich diese Einmischung nur zu gerne gefallen läßt. Was hier geschieht, ist eine Sozialisierung eigener Art. Es wird das Risiko sozialisiert, dessen Eintritt zu verhindern die private Wirtschaftsführung nicht fähig war.

„Wer das Risiko trägt, muß auch die Aufsicht führen“, das ist die Parole der freien Wirtschaft. Wir haben aber bisher noch nichts davon gehört, was das Reich zu tun gedenkt, um die Inanspruchnahme der Garantie unter denjenigen Gesichtspunkten eines sorgfältigen Kaufmannes zu verhindern, die im geschäftlichen Leben üblich sind. Der Uebernahme einer Garantie muß eine weitgreifende Kontrolle des Staates über die Geschäfte besonders jener Banken zur Seite gestellt werden, die in hohem Maße Depositen- und industrielle Ausleihgeschäfte durchführen. Das ist das Mindeste, was anlässlich der Gründung der Akzept- und Garantiebank zu geschehen hat. Darüber hinaus ist die Schaffung einer allgemeinen staatlichen Bankenaufsicht im höchsten Maße akut.

Wir warten darauf, was die Reichsregierung in dieser Richtung zu tun gedenkt. Handelt sie nicht sehr bald, so wird man ihr den Vorwurf leichtfertiger Gefährdung öffentlicher Interessen und des öffentlichen Kredits machen müssen.

Und die kleinen Banken? Eine Zuschrift aus Wirtschaftskreisen.

Zu unseren Ausführungen vom Sonntag über die Akzept- und Garantiebank erhalten wir aus privaten Wirtschaftskreisen eine Zuschrift. In ihr wird darauf hingewiesen, daß offenbar die Tausende von Privatbanken, mit deren Schicksal zahllose mittlere und kleinere Betriebe eng verknüpft sind, bei den Funktionen der Akzept- und Garantiebank auch nicht berücksichtigt werden. Es sei eine bekannte Tatsache, daß zumal die Großbanken Kredite unter 10 000 und oft auch bis zu 20 000 M. ungen und meist gar nicht eröffnen, weil es sich für sie nicht lohnt. Werden demnächst die Bankentage und die Zahlungssperre aufgehoben, so sei durch die neue Bank zwar für die Großbanken gefordert, nicht aber für die kleineren Banken und die große Zahl der Privatbankiers. Das müsse zu ganz unabsehbaren Folgen führen bei jenen Tausenden von Betrieben, die auf die kleineren Banken angewiesen und besonders arbeitsintensiv tätig seien. Eher müsse die Zahlungssperre noch ein paar Tage fortbauern, als daß der Arbeitsmarkt von dieser Seite in so unabsehbarer Weise bedroht werden dürfte.

Not macht städtefreundlich.

Das RWG. schafft neue Namensaktien für die Kommunen.

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G. in Essen hat es mit der Angst bekommen. Sonst hat es immer die Verlegenheiten der Kommunen, die ihre Stromabnehmer und zugleich Aktionäre sind, unter dem Gesichtspunkt begrüßt, daß die weitere Verstärkung des privatwirtschaftlichen Einflusses durch kommunale Geldverlegenheiten gefördert werden kann. Die Kommunen haben auch jetzt kein Geld, und noch andere Sorgen führten dazu, daß von dem möglichen Verkauf des Aktienbestandes der Kommunen am RWG. die Rede war.

Wir wissen heute, daß die Kommune treuen Erklärungen, die das RWG. noch vorige Woche abgegeben hat, mit der Gefahr zusammenhängen, daß sich der berühmte belgische Herr Dannie Heinemann und neuerdings auch amerikanische Elektrofinanzierungs-Institute offenbar für die kommunalen RWG.-Aktien interessieren. Auf der anderen Seite aber hat auch das RWG. offenbar jetzt keine Mittel, um Dannie Heinemann und die Amerikaner von seinen Toren fernzuhalten. Eigene neue Aktien kann das RWG. auch nicht ausgeben.

So ist es jetzt dazu gekommen, daß der RWG.-Leitung die Herrschaftsteilung mit den Kommunen doch noch sympathischer ist als mit dem Ausland. Um den „Einfluß der Kommunen zu verstärken“, werden die sogenannten Namensaktien zu je 20 Mark jezt um 150 000 Stück im Betrage von 3 Millionen Mark auf 520 000 Stück im Betrage von 10,4 Millionen Mark vermehrt. Damit wird die deutsche Majorität auch in dem Falle gesichert, daß das Ausland eine Minoritätsbeteiligung von 26 Prozent erstreben würde.

Daß das RWG. die Aktion nicht aus Liebe zu den Kommunen unternimmt, zeigt auch die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“, die schreibt: „Die scheinbar kommunalfreundliche Haltung der Industriegruppe (des RWG.; d. R.) dürfte aber weniger aus freundschaftlichen Gefühlen entspringen als aus der Ermüdung, daß praktisch bisher trotz formaler Mehrheit der Kommunen diese Industriegruppe im RWG. ausschlaggebend gewesen ist. Fast nie ließ sich bei irgendwelchen wichtigen Entschlüssen, in denen sich Interessentengruppen ergaben, eine einheitliche Zusammenfassung der kommunalen Interessen gegen die Industriegruppe ermöglichen, da letztere in solchen Fällen nach der Devise „divide et impera“ (teile und herrsche) meist mit Erfolg eine verschiedene Interessenschichtung der kommunalen RWG.-Aktionäre vornehmen konnte.“

Danach glaubt also auch die „Frankfurter Zeitung“ nicht, daß sich praktisch eine Verstärkung des kommunalen Einflusses ergeben wird und daß die RWG.-Leitung diese Verstärkung ernstlich will. Aus der Not wurde hier also eine Tugend geboren, die dazu noch rüffig ist.

Eisenbahnkontrolle in England.

Ende dieser Woche werden der englische Transportminister Morrison und die Generaldirektoren der vier großen englischen Eisenbahngesellschaften eine Ansprache über die Frage der Elektrifizierung der Hauptstammstrecken haben. Die Gesellschaften glauben nicht, die nötigen Kosten von 300 Millionen Pfund Sterling (6 Milliarden Mark) während 20 Jahren ohne fremde Hilfe ausbringen zu können. Die Regierung ihrerseits ist der Ansicht, daß der Staat nur dann eine so große Summe geben könne, wenn eine gewisse Staatskontrolle eingeführt werde. Die Regierung hat dabei nicht eine Staatskontrolle in der Art der Bahnerwaltung im Auge, sondern eine Zusammenfassung der Eisenbahnen unter einer staatlichen Behörde, wie das Elektrizitätsamt oder die Londoner Hafenbehörde.

Fortschreitende Konzentration.

Die Anzahl der Aktiengesellschaften ist im Jahre 1930 um 374 zurückgegangen, das Nominalkapital um 461 Millionen Mark gestiegen; das Durchschnittskapital einer Gesellschaft beträgt am 31. Dezember 1930 2 205 000 M. gegenüber 2 092 000 M. am 31. Dezember 1929. Am 31. Dezember 1930 bestanden im Deutschen Reich 10 970 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 24,19 Milliarden Mark.

Eine japanische Bankfiliale in Berlin.

Die größte Bank Japans, die Yokohama Specie Bank, hat dieser Tage in Berlin eine Niederlassung eröffnet, nachdem sie in Hamburg schon seit einigen Jahren eine Filiale unterhält. Die genannte Bank, im Jahre 1880 gegründet, hat besonders seit den Kriegsjahren sich stark entfaltet und zur Expansion des japanischen Kapitals auf dem asiatischen Kontinent stark beigetragen. Sie besitzt außerhalb Japans zahlreiche Niederlassungen, gegenwärtig etwa 50, hauptsächlich in China, Indien, Niederländisch-Indien, aber auch in den Vereinigten Staaten, Australien, in den südamerikanischen Staaten, in Ägypten, England usw. Das Aktienkapital dieser Bank beträgt 100 Millionen Yen, d. h. über 200 Millionen Mark. Daß seit einigen Jahren japanische Banken, Schiffahrtsgesellschaften und Handelshäuser in Europa und auch in Deutschland verschiedentlich Niederlassungen errichtet haben, entspricht dem internationalen Expansionsdrang der neuen fernöstlichen kapitalistischen Großmacht.

Zahlungseinstellung einer finnischen Bank. Der Verwaltungsrat der Suomen Vienti Banki beschloß, vom 27. Juli ab die Zahlungen einzustellen. Die Bank war im Jahre 1920 mit 12 Millionen Finnische Mark Aktienkapital gegründet worden.

Waggon-Pakt von der deutschen Industrie gefährdet. Was schon lange zu erwarten war, ist jetzt geschehen — die deutsche Gruppe hat das internationale Waggonkartell gefährdet. Der Grund ist das Verhalten der belgischen Kartellmitglieder, die schon seit langer Zeit sich über die Kartellbestimmungen hinwegsetzen und die anderen Kartellmitglieder unterboten. Einen anderen Streitpunkt bildete seit Bestehen des Kartells die Finanzierungsfrage.

Arbeitsstätte und Wohnort. Lang ist der Weg! Eine Untersuchung des Statistischen Reichsamts über „Die Pendelwanderung im mitteldeutschen Industriegebiet“ gibt ein Bild von der engen zwischenkommunalen Verflechtung des Arbeitsmarktes eines großen Wirtschaftsgebietes. Von den 20 wichtigsten Gemeinden weist ein Viertel gleichzeitig starke tägliche Abwanderung und starke tägliche Zuwanderung an Arbeitnehmern auf. Insgesamt hatte etwa jeder zehnte Erwerbstätige täglich einen kürzeren oder längeren Weg zwischen seinem Wohnort und einem auswärtigen Beschäftigungsort zurückzulegen.

Eine große Schallplattenpleite.

Deutsche Ultraphon stellt die Zahlungen ein. — Küchenmeister-Konzern in Schwierigkeiten.

Die Deutsche Ultraphon A.-G. Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Diese Gesellschaft betreibt in Deutschland das Schallplattengeschäft des holländischen Küchenmeister-Konzerns; das ganze Kapital ist im Besitz der R. B. Küchenmeister Internationale Ultraphon N.V. Matshappij zu Amsterdam.

Diese Pleite ist eine Folge der Ueberexpansion auf dem Gebiete des Schallplattengeschäftes, einer Ueberexpansion, die die Folge einer nach der Inflation einmalig stark ansteigenden Nachfrage war. Als die Nachfrage auf das normale Maß zurückging, war schon zuviel Kapital in diesem Geschäftszweig investiert. Jetzt ergeben sich Verluste.

Schon das letzte Geschäftsjahr hat die Deutsche Ultraphon mit Verlust abgeschlossen. Gleichwohl hat ein mit außerordentlichen Vollmachten versehenes Mitglied des Aufsichtsrats den Geschäftsbetrieb nicht eingeschränkt, sondern weiter ausgedehnt,

so daß die Unkosten weiter gestiegen sind. In letzter Zeit ist ein scharfer Absatzrückgang eingetreten. Kredite in Deutschland waren wegen der Finanzkrise nicht zu erhalten; finanzielle Unterstützung aus Holland aber war nicht mehr zu erreichen, weil einmal die holländische Staatsbank den holländischen Banken verboten haben soll, weitere Kredite nach Deutschland zu geben, weil zum anderen die Muttergesellschaft, der Küchenmeister-Konzern, selbst in Finanzschwierigkeiten geraten ist.

Sind also die Schwierigkeiten der Deutschen Ultraphon vor allem produktions- und absatztechnischer Natur, so sind die Schwierigkeiten bei Küchenmeister rein finanzieller Art, die in der unbemerkten Expansionspolitik des Konzerns ihren Grund hat. Die Aktienmehrheit der Internationalen Ultraphon N.V. liegt bei der Dachgesellschaft des Küchenmeister-Konzerns, bei der Küchenmeister Internationale N.V. voor Accoustiek. Die Borsenturbe für die Anteile dieser Gesellschaft sind in einer Woche um zwei Drittel ihres Wertes gefallen. Nun hatte die Accoustiek zur Durchführung ihrer Finanzoperationen bei deutschen und holländischen Banken Kredite in Höhe von 4 Mill. Gulden aufgenommen, und zwar gegen Lombardierung (Verpfändung) eigener Aktien. Dieser Lombardkredit wurde fällig, wenn der Kurs der verpfändeten Aktien unter 40 Proz. sank. Das geschah in der vorigen Woche, so daß die Banken ihre Kredite zurückverlangten. Die Accoustiek konnte nicht zahlen, also veräußerten die Banken die verpfändeten Aktien — der Kurs sank auf 13 Proz. (am 10. Juli stand er noch auf etwa 50 Proz.)!

Daß der Küchenmeister-Konzern zu gleicher Zeit von beiden Seiten — Finanzierung und Absatz — bedrängt wird, ist bemerkenswert. Es kann keine Rede davon sein, daß die Deutsche Ultraphon ein Opfer der deutschen Liquiditätskrise geworden sei — wenn auch der Zusammenbruch dadurch schneller als zu normalen Zeiten offenbar wurde.

Was ist der Küchenmeister-Konzern?

Die Deutsche Ultraphon A.-G. ist keine eigentliche Tonfilm-, sondern eine Schallplattenfirma, ist aber aufs engste mit der europäischen Dachgesellschaft für Tonfilminteressen (Küchenmeister-Konzern) verbunden. Technisch ergibt sich der Zusammenhang zwischen Tonfilm- und Schallplatteninteressen daraus, daß zu einer ganzen Reihe von Tonfilmverfahren die Verwendung von Schallplatten erforderlich ist. Die Deutsche Ultraphon A.-G. ist nun nicht irgendeine beliebige Schallplattenfirma, die sich der Küchenmeister-Konzern angegliedert hat, es ist vielmehr diejenige Gesellschaft, mit der gemeinsam die Küchenmeister-Gruppe ihren Aufschwung zu internationaler Bedeutung genommen hat.

Heinrich J. Küchenmeister war einer der Männer, deren Namen vor einigen Jahren als Erfinderauf dem Tonfilmgebiet in der ganzen Welt bekannt wurden. Er gründete schon sehr früh in Deutschland zur Anwendung des von ihm entwickelten Verfahrens die Heinrich J. Küchenmeister u. Co. Kommanditgesellschaft (Berlin) und etwas später in Holland die Internationale Nij. voor sprekende Films. Hierdurch fand er die Unterstützung des holländischen Kapitals, insbesondere der Niederländisch-Indischen Handelsbank, womit die Küchenmeister-Gruppe gegenüber anderen ähnlichen Gesellschaften einen wichtigen Vorsprung erlangte.

Auch die Ultraphon-Interessen, d. h. das Schallplattengebiet wurde bald international organisiert. Zunächst wurde in Holland die R. B. Reberslandse Ultraphon Nij. gegründet, alsdann wurde diese Gesellschaft, ebenso wie die Deutsche Ultraphon A.-G. und eine weitere Firma in einer neuen internationalen Gesellschaft zusammengefaßt, die den Namen R. B. Küchenmeister Internationale Ultraphon Nij. erhielt.

Inzwischen erfolgte in Deutschland die allmähliche Einigung auf dem Tonfilmgebiet. Es kam zur Zusammenfassung einer Reihe wichtiger Verfahren in der Tobis (Tonbild-Syndikat), bald darauf entstand die Klangfilm G. m. b. H. unter Mitwirkung der Elektroindustrie; schließlich kam eine Interessengemeinschaft zwischen Tobis und Klangfilm zustande. Die Mitwirkung der Küchenmeister-Gruppe an dieser Zentralisierung war von besonderer Bedeutung. Im Mai 1929 wurde in Amsterdam die R. B. Küchenmeister Internationale Nij. voor Accoustiek mit einem Kapital von 30 Millionen Gulden gegründet. Diese Gesellschaft ist bis heute die europäische Dachorganisation für alle wichtigen Tonfilmverfahren. Sie ist an der Tobis beteiligt, mit der Klangfilm-Gesellschaft vertraglich eng verbunden, sie kontrolliert zahlreiche Untergesellschaften in den verschiedenen europäischen Ländern und unterhält mit einer ganzen Reihe von Filmunternehmungen langfristige Interessengemeinschaftsverträge.

Die große Bedeutung des Küchenmeister-Konzerns liegt auf der Hand. Werden wir hier einen neuen großen Zusammenbruch erleben, der weit über die deutsche Ultraphon-Gesellschaft hinausgeht? Es kann einem vor den Kapitalisten und ihrer Wirtschaftstunf immer schlechter werden.

Außenhandel in Lederschuhen.

Gutes Ergebnis im ersten Halbjahr. Geringe Verschlechterung im Juni.

Die Einfuhr an Lederschuhen ist von 60 200 Paar im Mai auf 71 200 Paar im Juni (um 18 Prozent) gestiegen. Gegenüber Juni 1930 (106 000 Paar) ist ein Rückgang der Einfuhr um 33 Prozent eingetreten. Die Ausfuhr zeigt einen Rückgang von 385 200 Paar im Mai auf 310 700 Paar im Juni (um 19 Prozent); gegenüber Juni vorigen Jahres (249 100 Paar) aber ist eine Steigerung um 25 Prozent zu verzeichnen. Der Ausfuhrüberschuss belief sich im Juni auf 239 500 Paar Schuhe im Werte von 1,6 Millionen Mark.

Im ersten Halbjahr 1931 wurden 427 300 Paar Schuhe eingeführt, das sind 14 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 1930. Die Ausfuhr erhöhte sich dagegen um 3 Prozent auf 2 066 900 Paar. Rengenmäßig ist der Ausfuhrüberschuss von 1 507 000 auf 1 639 600 Paar gestiegen. Da die Preise in der Zwischenzeit um mehr als 20 Prozent gesunken sind, ist der wertmäßige Ausfuhrüberschuss von 15,3 auf 12,9 Millionen Mark zurückgegangen.

Karl Lillge: Das Gold unter den Füßen

Nur 14 Stod hoch, aber dafür 8 Stod tief, ist das Hochhaus der Federal Reserve Bank zu New York. Es liegt eingewängt in eine der Straßenschluchten des Bankviertels auf der Südspitze von Manhattan, und es birgt in den untersten drei Geschossen die schätzgefüllten Tresors, wie sie keine Bank der Welt hat.

Die Geschichte dieser Bank klingt wie ein Märchen. Sie besteht erst knapp 15 Jahre! Als die ganz große Konjunktur für USA begann, im ersten Kriegsjahr, wurde sie gegründet. An Stelle von 30 000 Einzelbanken, gibt jetzt die Federal Reserve Bank die Kredite. Ihr ursprüngliches Kapital ist (1914) geringer gewesen als heute ein Tagesumsatz! Die Reserven allein betragen heute 9 Milliarden Dollar Gold! Dazu mag bemerkt sein, daß das Vermögen des Landes sich um die Jahrhundertwende auf 88 Milliarden belief und daß es im Vorjahre mit 350 Milliarden beziffert wurde!

„Weltmittelpunkt des Geldverkehrs“, nennt der Amerikaner diesen engen Straßendistrikt rund um die Wallstreet in New York. Unter den Füßen des hastenden Volks, das die engen Straßen mit unaufhörlichem Geschlebe erfüllt, liegen die gesamten Goldreserven der Welt. Es ist erregend und entmutigend, wenn man an die schweren wirtschaftlichen Situationen der ganzen Welt denkt. — Warum liegt das Gold hier totlos, beschützt durch Panzergewölbe, Batterien, Maschinengewehre, tränenerregende Dünste und heiße Dämpfe?

Ein Blick ins Innere der „Schatzkammer“ ist mitunter gestattet. Es geht echt amerikanisch dabei zu; ein wenig nobel und großzügig und wohl auch etwas prächtig: „Bitte, treten Sie ein, meine Herrschaften, bewundern Sie das größte Goldinstitut der Welt, in seinen einzigartigen Einrichtungen, Anlagen, Arbeitsmethoden und Schätzen!“

Zahlen schwirren uns wie aufgeregte Hummeln ums Ohr. 2300 Angestellte arbeiten in der Bank in New York; alle Filialen zusammen haben die fünfundsiebenzigfache Anzahl, fast 60 000, davon rund drei Viertel Damen; aber es ist zu bedenken, daß durch die Einstellung von Maschinen zwei Drittel Personal in den letzten Jahren eingespart wurden.

Die Maschinen! Als ersten Raum zeigt man die Schedabteilung; hier werden pro Tag 450 000 Schecks bearbeitet. 260 Damen und 10 Herren arbeiten daran, größtenteils mit Hilfe von Maschinen. Wenn 619 Addiermaschinen sind in diesem Bankpalast in Betrieb, dagegen nur 390 Schreibmaschinen! Und im ganzen werden nicht weniger als 1488 Maschinen benutzt.

Von Sensation unwirksam ist natürlich der Besuch jener Stelle in der Bank, wo Geld zu sehen ist; bei der Ausgabe, beim Eintreffen, Zahlen, Wiegen, Lagern. Natürlich besteht ein ausgefeilter Sicherheitsdienst. Die Kassenschalter der Bank haben doppelte und dreifache Eisenergitterung, Röllge, in denen das Raubtier Gold bewacht wird. Als Raubtierwärter fungieren mit düsterer Entschlossenheit kaltsblütige, bewaffnete Bankdiener, die wie Polizisten aussehen. Wohin man in der Nähe des Goldes den Blick wendet, überall trifft man lauernde Beobachtung durch die Bewaffneten.

Im ganzen sind 250 Mann in der Bank im Tagesdienst bei dieser Art „Arbeit“. Außerdem gibt es die bereits erwähnten Tränengase und heißen Dämpfe als Schutz. Und im ersten Untergeschoss, wo uns der „Bahnhof des Goldes“ gezeigt wird, d. h. der unterirdische Hof, wo die Goldtransportautos abfahren, sehen wir regelrechte Festungsanlagen; die Wände sind mit unzähligen

Maschinengewehren lugen hier drohend von einer Panzergalerie herab. Die Autos sind natürlich Panzerautos und werden von zwei oder drei Bewaffneten, die im Wageninnern ihren Platz haben, begleitet.

Das Gold hat es nötig, so streng bewacht zu werden! Das Unheil, das es anrichten könnte, soll wohl durch diese Maßnahmen verhindert werden.

Auch in den noch tiefer liegenden Untergeschossen trifft man die entschlossenen Revolvermänner; sie stehen unvermutet hinter der Tür, verharren gegenüber den Sittertäufigen, wo Gold gezählt oder Gold gemoggen wird.

Die Münzanzahlmaschinen scheffeln pro Tag 30 Tonnen Nickel-, Silber- und Goldmünzen! Ja, auch Goldmünzen! Das reiche Land kann sich den Luxus leisten, 2½-, 5-, 10- und 20-Dollarstücke aus Gold in Umlauf zu setzen. 10 000 Münzen zählt jede Maschine pro Minute und nicht nur dies; sie macht gleichzeitig komplette Rollen und beutelt die 10 000 Stück. — Als allerneuestes, als letzten Schöler im Bank-Maschinenbetrieb gewissermaßen, hat man Goldscheinzählmaschinen eingestellt, sie sind zwar nicht so überragend scharf wie die Münzanzahlmaschinen, aber 2½ mal schneller als die gewandtesten Goldscheinzählmaschinen machen sie es doch. Es gibt heute bereits 100 Maschinen dieser Art in der Bank.

Gold ist — welche Sensation! — in Blöcken zu sehen; unscheinbare, nicht sehr große, ganz handliche Stücke. Sie haben den Wert von 450 Dollar; d. h. rund 2000 Mark. Man könnte ganz gut 8 oder 10 Stück von ihnen in der Kleidung unterbringen und verbergen, wenn nicht überall die Augen der unerbittlichen Revolvermänner — na ja. — Aber das Gold in sinnbetreffenden Mengen sehen wir noch ein paar Stod tiefer. Und da vergeht uns der Appetit.

Die Tresore der Banken liegen 85 Fuß unter der Erde, fast 30 Meter. Man hat es den Goldliebhabern herzlich schwer gemacht. Rund um die Tresorräume, die 10 Fuß dicke Mauern schützen (in 85 Fuß Tiefe!), läuft überdies ein rund 1 Meter breiter Patrouillengang, der unter Gas gesetzt werden und etwaige „Mauwürfe“ sofort ausräuchern könnte. Uebrigens wiegt die Tür zu einem Tresor 90 Tonnen und ist aus Stahl; sie sieht aus wie eine Panzertür und dreht sich durch elektrische Kraft. Jede Sprengladung vermag bei ihr! — Wahrhaftig, hier einzubrechen, ist so gut wie ausgeschlossen!

Da liegt nun das Gold, in Regalen, wie im Warenhaus die Schokoladenpackungen. Der Blick faßt auf einmal 75 000 000 Dollar in Gold; unglaublich, unvorstellbar: 300 Millionen Mark!

Ein freundlicher Herr zeigt uns diese Schätze — die wie die Drachenschätze der Sage gehütet werden — ein wirklich freundlicher Herr, sonst hätte man ihm Ignominie und Taktlosigkeit vorwerfen müssen, denn er sagte, streng amüßig und ganz der Wahrheit gemäß bei einem Stapel Gold:

„Hier, meine Herrschaften, sehen Sie das einstige deutsche Gold — dort das österreichische.“

Die Goldwaagen gegenüber den Tresors grinsen hämisch bei dieser tragenden Fülle. Es gibt ihrer zwar nur vier. Und sie wiegen bis auf eintausendstel Unze genau. — Als ob das eine Rolle spielt bei 9 Milliarden Dollar (37 000 000 000 Mark) Gold.

Wilhelm Lichtenberg: Reportage

Wenn ich also in aller Eile noch eine Geschichte von meinem letzten Trip nach Amerika erzählen soll, so fällt mir diese als die allernetzteste ein:

Ich sitze im Büro Mister Cardigans, des bekannten Herausgebers der „New York Words“. Mister Cardigan empfängt mich nur ganz ausnahmsweise; aber ich habe Glück gehabt. Kurz, Mister Cardigan, der Zeitungsgewaltige, will von mir einige Kurzgeschichten haben. Gut assortiert mit Prima-Pointen und La-Spannung. Ich habe eben Glück gehabt.

Und nun sitze ich bei ihm in seinem Stahlmöbelbüro und wir unterhandeln. Er bietet, ich lehne ab, er legt etwas zu, ich streiche etwas ab und wir sind beinahe einig.

Da erscheint der Redaktionsdiener mit einem ganz verstorbenen Gesicht. Mister Cardigan starrt ihn entsetzt an. Er liebt es nicht, in Unterhandlungen gestört zu werden. Und wartet. Der Redaktionsdiener bringt zuerst kein Wort heraus, dann aber stammelt er: „Mister Cardigan . . . Verzeihung . . . Aber dieser Johnny Thymmer . . .“ Cardigan schlägt auf den Tisch: „Schon wieder da, dieser entsetzliche Thymmer? Ich habe Ihnen ja gesagt, daß er nicht vorgelassen wird!“ — Der Diener windet sich: „Mister Cardigan — Johnny Thymmer ist einfach nicht abzuschütteln. Er kommt jetzt seit vier Wochen jeden Tag. Jeden Tag sitzt er geschlagene zwölf Stunden im Vorgimmer. Ruhig, unbeweglich, wie eine Buddhafigur. Er spricht nichts, er fragt nichts, er sitzt nur einfach da. Nach zwölf Stunden erhebt er sich wortlos und geht. Am nächsten Morgen ist er wieder da. Unheimlich, unjähbar. Ich kann mit diesem Menschen nicht länger in einem Raume bleiben. Ich bitte um meine Entlassung, wenn Johnny Thymmer nicht endlich vorgelassen wird.“

Der Herausgeber steht mich wütend an. Mich, den Unschuldigsten in dieser Affäre. Dann brüllt er seinen Diener an: „Herein mit diesem Johnny Thymmer! Diesem Burschen werde ich meine Meinung in keine verstopften Ohren schreien!“

Der Diener geht, glücklich, diesen Johnny Thymmer, der seit vier Wochen täglich zwölf Stunden in seinem Vorgimmer sitzt, endlich losgeworden zu sein.

Mister Cardigan springt von seinem Schreibtisch auf und setzt mit gewichtigen Schritten durch den Raum. Gewitterstimmung. Ich selbst sitze da, vergessen und verschollen, und wage es nicht, mich zu erheben, um das Büro zu verlassen. Wozu auch? Für Cardigan bin ich einfach nicht vorhanden.

Johnny Thymmer tritt ein. Geflossen, ruhig, ungebeugt von den unzähligen Stunden, die er im Vorgimmer der „New York Words“ zugebracht hat. Johnny ist ein hochgewachsener, athletischer Bursche von vielleicht 25 Jahren. Sein Anzug sitzt tadellos, weil er nicht sitzt. Man trägt das jetzt so in Amerika. Rächt er? Eigentlich nicht. Aber er hat eine okei zu kurze Oberlippe und zeigt ein Gebiß, das unter Brüdern 1000 Dollar wert ist, wenn es nicht naturgewachsen wäre. Und jetzt steht er in vollendeter Konchalance da. Wartet. Er hat ja bewiesen, daß er es nicht eilig hat. Er versteht zu warten.

Cardigan hat auch eine Weile gewartet. Aber als er eintritt, daß ihm Johnny darin überlegen ist, schließt er auf ihn zu: „Was wollen Sie?“

Johnny sagt ruhig und ohne eigentlich den Mund zu öffnen: „Stellen Sie mich als Reporter ein, Mister Cardigan.“ — Cardigan schnappt nach Luft: „Warum gerade ich?“ — „Weil ich es mir

in den Kopf gesetzt habe, Reporter bei der „New York Words“ zu werden.“ — Sonst nichts. Die Logik ist nicht sehr zwingend, aber sie imponiert für den Moment. Das muß ich sagen. Wenn ich Mister Cardigan gewesen wäre, ich hätte diesen Johnny Thymmer sofort eingestellt. Amerikanische Zeitungsherausgeber scheinen aber doch von anderer Mentalität zu sein. Cardigan denkt vorläufig nicht daran, sich von diesem Burschen knock-out schlagen zu lassen.

„Wir brauchen keinen Reporter“, schnauzt er ihn an. — „Irgend-einen Reporter gewiß nicht“, erwidert Johnny ganz ruhig, „aber einen von meiner Klasse.“ Und dann sieht er diesen Cardigan ganz impertinent an.

Der Herausgeber läuft ein paar mal durchs Zimmer. Dann bleibt er wie ein Kampfhahn vor Johnny stehen. „Wir wollen einmal sehen, was Sie können!“ — „Bitte, ich bin bereit“, sagt der junge Mann und hebt nur unmerklich die Achseln.

Cardigan holt aus: „Heute abend ist Ball in der englischen Botschaft!“ — „Ist mir bekannt“, unterbricht ihn Johnny. — Cardigan: „In die englische Botschaft ist noch niemals ein Reporter eingedrungen!“ — Johnny: „Ist mir bekannt.“ — Cardigan: „Englische Diplomaten geben amerikanischen Reportern keine Interviews. Sie wissen schon, warum. Die New York Words“ brauchen aber ein Stimmungsbild vom Ball der englischen Botschaft. Haben Sie verstanden, Mister Thymmer?“ — Johnny: „Ich habe verstanden, Mister Cardigan.“ — Cardigan: „Schön. Wir erscheinen morgen mittag. Wenn es Ihnen gelingt, uns ein Stimmungsbild vom Ball der englischen Botschaft zu bringen und ein Interview mit einer prominenten Persönlichkeit des diplomatischen Korps, sind Sie als Reporter engagiert. Mit 50 Dollar in der Woche!“ — Johnny: „Mit 75, Mister Cardigan.“ — Cardigan: „Mit 50, sage ich.“ — Johnny: „Sie irren sich, Mister Cardigan. Es sind 75. Sie meinen 75 und sagen 50. Aber diese kleine Irrtum ist verständlich.“ — Cardigan: „Also schön! In Gottes Namen! 75. Morgen früh erwarte ich das Interview von Ihnen. Um 8 Uhr morgens muß es da sein. Good bye, Mister Thymmer.“ — Johnny: „Good bye, Mister Cardigan.“

Johnny geht, wie er gekommen ist. Sein Rücken bewegt sich nicht, wie er hinausgeht. Auch die Arme schlendern nicht. Gerade, daß er einen Fuß vor den anderen setzt. Aber sonst wäre er vielleicht ewig im Zimmer des Herausgebers geblieben.

Nach einer langen Pause versuche ich es, mich wieder bemerkbar zu machen. Aber meine Kurzgeschichten scheinen augenblicklich bei Cardigan nicht sehr hoch im Kurs zu stehen. Begreiflich. Wenn man die Chance hat, ein Interview vom Ball der englischen Botschaft zu erhalten. Kurzgeschichten braucht man in USA ja doch nur dort, wo zwischen Inferat und Lüge ein Raum frei bleibt. Und weil eben nur wenig Raum frei bleibt, haben sie drüben das Genre der Kurzgeschichten erfunden.

Ja, also — Mister Cardigan fertigt mich hastig ab: „Ich habe jetzt keine Zeit. Kommen Sie morgen wieder. Vielleicht . . . Wir werden sehen . . . Möglich . . . Morgen um acht Uhr vormittags. Good bye.“

Am nächsten Tage bin ich um 8 Uhr vormittags zur Stelle. Ich werde sofort vorgelassen. Und wir beginnen wieder von vorn mit dem Zwenigbleiten und Jupitelberlangen. Ich und Mister Cardigan. Aber zu Ende kamen wir wieder nicht.

Denn wenige Minuten nach acht kommt Johnny Thymmer ins

Zimmer des Chefs. Er scheint nicht erregter als gestern und sein heller Augenblick ist noch immer sehr von oben herab. Mister Cardigan springt auf: „Run?“ Johnny zieht ein Manuskript aus der Tasche und reicht es dem Chef. Cardigan starrt auf das Papier. Dann murmelt er ehrsüchtig: „Wirklich und wahrhaftig — ein Interview. Mit wem?“ Johnny antwortet: „Mit dem Herzog von Kosta. Er war ebenso anwesend wie ich. Es ist ein sehr interessantes Interview. Sie erfahren daraus, Mister Cardigan, daß Italien beabsichtigt, seinen politischen Kurs zu ändern. Ja. Süditalien soll wieder an Oesterreich abgetreten werden. Ja. Russland geht demnächst in Pension. Ja.“

Cardigan starrt seinen Reporter an: „Und das alles hat Ihnen der Herzog von Kosta gesagt?“ — „Ja“, meint Johnny kurz und knipst sich ein Stückchen von seinem Kermel. „Wußte er, daß Sie Reporter sind?“ — „Nein. Natürlich nicht. Er hielt mich für den Duc of Lancaster. Einem Reporter hätte er niemals ein politisches Interview gegeben.“ Cardigan ist einfach weg. Er hat die Hände gegen die Stirn gepreßt und kann das Ereignis nicht fassen: „Mensch! Mensch! Wie haben Sie das fertig gebracht?“

Johnny gerät nicht aus seiner Ruhe: „Sehr einfach, Mister Cardigan. Ich fuhr beim Botshafterpalais vor. Ganz große Aufmerksamkeit natürlich. Sie werden mich zugeben, daß man mich ohne weiteres für den Duc of Lancaster halten konnte. Kein Mensch wagte es, mich nach einem Passierschein zu fragen. Ich hätte auch jeden niedergeburt, der es gewagt hätte. So kam ich in den großen Festsaal. Eine Weile treibe ich mich dort herum, dann attachiere ich mich an einen Mann in großer Aufmerksamkeit. Ich stelle mich vor, er stellt sich vor. Es war der Herzog von Kosta. Wir kamen ins Gespräch und als ich mein Interview fertig hatte, ging ich wieder.“

Mister Cardigan ist außer sich: „Sie sind engagiert! Mit 100 Dollar die Woche sind Sie engagiert. Als Chefreporter!“

In diesem Augenblick tritt ein Redakteur der „New York Words“ in das Chezzimmer. Er ist so aufgeregt, daß er sogar vergessen hat, anzuklopfen. Er trägt ein Zeitungsblatt in der Hand. Das Konkurrenzblatt Cardigans, das bereits um 10 Uhr vormittags erscheint. Der Mann stöhnt, leucht, fällt in einen Stuhl. Endlich kann er reden: „Mister Cardigan! Die „New York Botes“! Das Konkurrenzblatt . . . Diesmal hat es uns tüchtig geschlagen!“

Cardigan reißt ihm das Blatt aus der Hand: „Was haben Sie denn, Newman? Womit können uns die „New York Botes“ schlagen? Uns! Die wir heute . . .“

Newman, der Redakteur, läßt seinen Chef nicht zu Ende reden. Niedergeschmettert sagt er: „Sie bringen . . . (oben . . . einen Bericht vom Ball in der englischen Botschaft. Und ein Interview mit . . .“

„Mit wem?“ schreit Cardigan auf. „Mit dem Duc of Lancaster.“

Cardigan sieht Johnny vernichtend an: „Wie . . .? Ich frage Sie, wie kommen die „New York Botes“ zu einem Interview mit dem Duc of Lancaster?“

Johnny bleibt ruhig: „Wahrscheinlich bin ich reingefallen. Und der Herzog von Kosta war ein Reporter wie ich.“

Und dann flog er aus dem Chezzimmer raus, der Reporter Johnny Thymmer.

Weiler flog auch ich mit ihm. Ich hatte es unglücklich getroffen.

Wald und Küste

Während sich an der Ostsee herrliche Wälder bis an die Küste hinziehen, ist der Baumwuchs an der Nordsee nur im Windschutz von Gebäuden oder Deichen möglich. Dieser Unterschied wird gewöhnlich auf die größere Festigkeit und Häufigkeit der Stürme an der Nordsee zurückgeführt. In der „Umschau“ bezweifelt Helmut Wroße, ob der Unterschied der Sturmstärke und Sturmhäufigkeit den großen Unterschied zwischen dem üppigen Baumwuchs auch an den exponiertesten Stellen der Ostseeküste und den kümmerlichen an der Nordsee einzig und allein bedingt. Wroße hat sich mit der Frage eingehend beschäftigt und gefunden, daß außer der vernichtenden Gewalt der Stürme noch ein anderer schädigender Umstand hinzukommt. Er hat nämlich beobachtet, daß bei Sturm an der Ostsee selbst unmittelbar am Wasser die Birkensäure niemals merklich beschlagen, an der Nordsee dagegen bis zwei Kilometer weit vom Strande entfernt allmählich getrübt werden. An Sturmtagen kann man an der Nordsee überhaupt keine Brille tragen, weil sie meist schon in einer Viertelstunde undurchsichtig wird. Das beruht nicht nur auf dem höheren Salzgehalt der Nordsee an sich, sondern vor allem auf der hygroskopischen, d. h. wasseranziehenden Eigenschaft des Seesalzes.

Wenn die Brandung an der Nordseeküste tobt, treibt der Wind dauernd winzige Tröpfchen auf das Land. Das Seewasser verdunstet nicht, dank seiner hygroskopischen Bestandteile, obwohl es in äußerst fein verteilter Form weit im Winde schwebt. In Benningstedt auf Selt machte Wroße etwa 600 bis 700 Meter vom Strande entfernt folgende aufschlußreiche Beobachtung. Er hielt eine saubere kleine Glasglocke mittags bei Sturm und klarem Wetter (16,1°C und 78 Proz. relative Feuchtigkeit) etwa eine Minute zum Fenster hinaus in den Wind, in einer Höhe, in der sich gewöhnlich die Baumkrone entwickelt. Unter dem Mikroskop waren viele Tröpfchen erkennbar. Er ließ die Sonne auf den Objektträger unter dem Mikroskop scheinen und beobachtete deutlich das Ausräufeln des Salzes infolge der Erwärmung des Glases. Nachdem hielt er den Objektträger abermals eine Minute lang in den Wind und fand keine Kristalle mehr, nur noch Tröpfchen, natürlich viel mehr als vorher, da zu den ersten etwa die gleiche Anzahl neuer hinzugekommen war. Das ausräufelte Salz hatte also wieder Feuchtigkeit aus der Luft aufgenommen und war zerlaufen. Dieser Versuch ist gewiß nicht neu, aber in seiner Bedeutung für den Baumwuchs bisher überhaupt noch nicht oder nur ungenügend beachtet. Wie das Was von einer Salzwaflerschicht von ziemlich hoher Konzentration überzogen wird, so geht es auch den Blättern der Bäume. Durch den Uebergang auf der Blattoberfläche wird der Gasaustausch behindert oder unmöglich gemacht, denn die Spaltöffnungen werden, wenn kein Regen fällt, allmählich verklebt. Eine Blattfläche, die atmen soll, muß trocken sein, deshalb haben ja die Blätter vieler tropischen Regenwaldgewächse sog. Trüffelspigen, um das Wasser abzuleiten. Wenn das Salzwasser nun tagelang nicht nur die Oberflache, sondern sogar die zarte Unterseite, wo sich die eben durch ihre Lage sonst vor Regen und anderen Schädigungen geschützten Spaltöffnungen befinden, mit einer zusammenhängenden Schicht überzieht, müssen die Blätter absterben.

Wenn der Wind allein daran schuld wäre, daß an der Nordseeküste Bäume nicht fortkommen oder unter Umständen nach einem heftigen Sturm rasch absterben, so könnten ihm auch die Wälder und Baumgruppen auf der Halbinsel Eiderstedt nicht widerstehen. Wo auf Eiderstedt Bäume wachsen, sind sie zwar der Gewalt der Stürme ausgesetzt, aber nicht der Gefährdung durch den Salzgehalt der Luft infolge der durch das Watt bedingten Rüstverhältnisse. Nur bei unmittelbarer Wirkung der Brandung kann der Baumwuchs nicht gedeihen, d. h. also dort, wo die zerstörende mechanische Windkraft gemeinsam mit dem erstickenden Salzüberzug der Brandungsspritzer einwirkt.

Der Raubmord in Spandau.

Möbert nach Berlin gebracht.

In den späten Abendstunden des Sonntag trafen die Berliner Kriminalbeamten, die den verhafteten Raubmörder Willm Möbert und dessen Braut Frieda Richter aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Köslin abgeholt hatten, in Berlin wieder ein. Noch in der Nacht wurde mit dem Verhör des Möbert begonnen. Wie es zu erwarten war, belastet Möbert seinen Komplizen Licht genau so, wie dieser ihn zuvor belastet hat. Im Gegensatz zu den Angaben, die Licht gemacht hat, behauptet Möbert, daß sie gemeinsam den Plan zu dem Ueberfall gefaßt haben. Er, Möbert, habe Frau Silberzweig am Hals gepackt und gewürgt. Licht sei Licht dazu gekommen und habe ihr von hinten mit dem Revolverkollben auf den Kopf geschlagen. Die Waise soll auch Lichts Eigentum gewesen sein. Dieser habe darauf gedrungen, daß die Frau getötet werde, damit sie keine Beschreibung der Räuber geben könne. Seine Braut soll, wie Möbert erklärt, von dem Raubmorde nichts gewußt haben. Die Aussagen des Möbert stehen im Gegensatz zu dem, was Licht behauptet hat. Dieser hat bekanntlich zuerst gelagt, daß er dem Kampf überhaupt nicht gesehen habe, da er sich im Lagerraum abspiegle und er im Laden geblieben sei. Wie sich das Verbrechen nun wirklich zugetragen hat, wird wohl erst durch wiederholte und lange Verhöre herausgefunden werden können. Nach der Tat hat Möbert an der Innenseite der Tür ein Schild angebracht mit den Worten „Vorübergehend geschlossen, komme gleich wieder“ und dann die Tür geschlossen. So mußte es scheinen, als ob die Geschäftsfrau zu einer Befragung weggegangen sei. Die Schlüssel will er in der Berliner Straße in Spandau über den Jaun in einen Vorgarten geworfen haben. Da noch nicht klar ist, welche Rolle Frieda Richter bei dem Verbrechen gespielt hat, so wird auch sie in Gewahrsam behalten.

Kriegsopfer und Notverordnungen.

Sozialpolitische Tagung im ehemaligen Herrenhaus.

Über 300 Funktionäre des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener aus dem ganzen Reich traten im ehemaligen Preussischen Herrenhaus zu einer sozialpolitischen Tagung zusammen. Zur Verhandlung stand der Gesamtkomplex der sich aus den Notverordnungen ergebenden einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Versorgungsrechtes. In dem einleitenden Referat setzte sich der Verbandsvorsitzende Lehmann-Berlin mit den wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen der Notverordnungen auseinander, wobei er besonders betonte, daß die Regierung einen Mangel an psychologischem Verständnis offenbart hat, den selbst größte Bestimmten nicht für möglich gehalten haben. Es muß den Kreisen der Kriegsopfer ein Recht zur Kritik an diesen Maßnahmen zugestanden werden, um so mehr, als die ungerechte Lastenverteilung allzu deutlich geworden ist. In drei weiteren Referaten wurde zu den Auswirkungen auf die Hinterbliebenen- und Beschädigtenversorgung wie auch zu den besonderen Nachteilen verfahrenrechtlicher Art Stellung genommen. In der anschließenden Diskussion kam allseits ein berechtigter Unwille über die den Kriegsopfern gegenüber geübte Ungerechtigkeit zum Ausdruck. Das Ergebnis der Aussprache kam in folgender Entscheidung zum Ausdruck:

„Die anfänglich der Sozialpolitischen Konferenz des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener in Berlin versammelten Delegierten aus dem ganzen Deutschen Reich erheben schärfsten Einspruch gegen die unerhörten Ungerechtigkeiten und den Rechtsraub, der durch die Notverordnungen für die Kriegsopfer eingetreten ist. Gerade die bedürftigsten unter den Kriegsopfern werden besonders stark getroffen, so daß diese Notverordnungen sich als eine soziale Härte ohnegleichen auswirken. Die Erbitterung der Kriegsopfer wird sich in einer Staatsverdröbenheit äußern, für die schon heute der Verband die Verantwortung absehnt und der Regierung hierfür die Verantwortung überlassen bleiben muß. Selbst der sächsische Ministerpräsident Schick hat im Sächsischen Landtag erklärt, daß es unverantwortlich sei, an den moralischen Verpflichtungen zu rütteln, die das Reich gegenüber den Kriegsopfern hat. Bei einer solchen Stellungnahme eines hohen Staatsbeamten dürfte ermielen sein, daß die Notverordnungen gegen die Kriegsopfer ein soziales Unrecht sind, das seinesgleichen in der Nachkriegsgeschichte sucht, zumal rechtzeitig getroffene drakonische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht eine Verschlechterung der Kriegsopferversorgung nicht notwendig gemacht hätten.“

Billige Wochenendfahrt nach Kopenhagen.

Nach dem guten Verlauf der ersten Wochenendreise nach Kopenhagen, die der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit am letzten Sonntag durchführte, findet eine zweite Reise am 1. bis 2. August statt. Der Fahrpreis kostet ab Berlin und zurück (Bahn und Schiff) 20 Mark. In Kopenhagen ist ein Aufenthalt von 9 Stunden zur Stadtbekanntmachung vorgesehen. Von der Zahlung der Auslandsreisegebühr von 100 Mark sind die Teilnehmer an dieser Reise befreit. Teilnehmerkarten für 20 Mark sind an folgenden Stellen zu haben: Deutscher Metallarbeiter-Verband, R. 54, Lindenstraße 83/85, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, S. 14, Inselstraße 6/7, Buchhandlung Dieß, S.W. 68, Lindenstraße 3 sowie an den bekannten Stellen.

Letzte Woche Bauausstellung!

Es ist noch eine Woche bis zum Schluß der Deutschen Bauausstellung, die unwiderruflich am 2. August schließt. Man muß schon in der Nacht vom 2. zum 3. August mit den Abbauarbeiten in den Funktionalhallen im Hinblick auf die dort am 21. August beginnende „Große Deutsche Funtausstellung und Phonoschau Berlin 1931“ begonnen werden. Auch in der Halle 1 muß der Abbau beschleunigt durchgeführt werden, um die Aufbauarbeiten zu der bereits am 4. September beginnenden „Internationalen 7. Büroausstellung Berlin 1931“ zu ermöglichen.

Eine Volksverfassungsfest findet am Sonnabend, dem 8. August, in den Gesamtträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, Ortsverein Neutempelhof, statt, und zwar unter Mitwirkung der Arbeiterkünstler, Arbeiterführer, des Arbeiter-Radklubbes, Arbeiter-Lichtbundes, des „Sturmvoegel“, des Berliner Ultrio u. a. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Brandes, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Konzert — Varieté — Tombola — Tanz.

Vorsicht bei Darlehensangeboten!

„Geldsuchende wenden sich vertrauensvoll . . .“

Die Zeiten sind schlimm, und verschuldete Menschen, ob Beamte, Angestellte, Arbeiter oder Geschäftsleute, gibt es in Massen. Es gibt aber auch viele, sehr viele „Helfer“, die alle die Bedrängten „aus ihrer Not erretten“ wollen. Etwa auf diese Art:

Berlin, in der Epoche des dauernden Aufstiegs.

Kundenwerbung für ein noch nie dagewesenes Angebot. Keine Möbel, keine Schuhe, keine Wäsche, keine Bücher, keine Kleider, keine Goldsachen, sondern Geld, bares Geld bietet ich an.

Ueberblick über diese Netter gewinnt man aber in der Hauptsache aus der Presse. Mehrere Male in der Woche, besonders in den Sonntagsausgaben, bieten sie sich den Geldsuchenden als rettende Engel an. Da ist zu lesen: Privatarlehen, Schnellarlehen, Beamtdarlehen, Billige Darlehen, Darlehen bis 5000 M. erhält jedermann, Damenkredite (in besonderen Fällen erhalten Damen auch ohne Wissen des Ehemanns Kredit), Urlaubsgelder, Abzahlarlehen, Gehaltvorschuße, Darlehen allen Kreditwürdigen, ehrlichen Leuten gewährt Darlehen usw. So wirbelt es in den Inseraten lockend durcheinander. Offiziere, Pensionäre und höhere Beamte (man scheint seine Pappenheimer zu kennen) werden bevorzugt. Für sie befestigt man an der Angelrute „Darlehen“ besondere Köder.

Behreiten wir also einmal den Weg zur Darlehensaufnahme!

Vorher noch einen gutgemeinten Rat! Man bilde sich ja nicht ein, ein Lahusen zu sein. Jenen Großen wirft man Hunderte von Millionen in den Nachen, aber wenn ein ehelicher Mensch in unerschuldete Not geraten ist und die Aufnahme eines kleinen Kredits herbeiführen will, dann heißt es alle seelische Empfindsamkeit dahinter zu lassen, wenn du Hilfe suchst. Du bist ja kein gewandter Kreditfischer, sondern tust das nur unter dem Zwang deiner wirtschaftlichen, finanziellen oder familiären Verhältnisse. Also ist dein Auftreten auch linksicher und unbeholfener, weil du innerliche Hemmungen hast. Der Weg, den du gehen willst, ist ungewohnt.

Du stehst also vor der Tür des Mannes oder der Frau, die Gewähr des Darlehens sein sollen! So denkst du, aber du irrst dich. Er oder sie geben dir kein Darlehen, sondern vermitteln nur.

Jögernd klopfst du an die Tür, an der ein Schild den Zweck deines Besuchs angibt. Nach deinem Eintritt wirst du freundlich empfangen. Dein Gegenüber errät sofort die Ursache deines Kommens, denn du verrätst dich durch die Unbeholfenheit deines Auftretens. Aber sehr schnell ist der Gesprächsstoff gefunden. Die Einleitung ist immer dieselbe. „Wie hoch soll das Darlehen sein?“ Sobald diese Frage beantwortet ist, geht es an die anderen Feststellungen:

Wie hoch ist das Einkommen? Welchen Beruf haben Sie? Für welche Zwecke wollen Sie das Darlehen verwenden? Ist Ihre Gattin von dem Darlehensgeschäft unterrichtet?

Und es geht weiter!

Wieviel Kinder haben Sie? Bezahlen Sie Ihre Miete pünktlich oder sind Sie im Rückstand? Wie groß ist Ihre Wohnung? Sind Ihre Möbel bezahlt? Wo sind Sie beschäftigt? Haben Sie schon einmal ein Darlehen beantragt? Sind Sie schon einmal gepfändet worden? Haben Sie Bürgschaft übernommen? Haben Sie noch andere Schulden? usw.

Wenn du dich durch dieses Fragenlabyrinth — manchmal verlegen und schamrot — glücklich hindurchgewunden hast, dann gelangst du natürlich noch lange nicht in den Besitz des Geldes. Jetzt mußt du erst einen schriftlichen Antrag unterschreiben, wobei du dir nach diesen vielen Fragen vorkommst, als hättest du dich selbst kastriert. Doch auch mit dem unterschriebenen Antrag bist du noch keinen Schritt näher an dein Ziel herangekommen.

Dein Antrag muß erst bearbeitet werden, und er wird nur bearbeitet, wenn du dem Vermittler die Gebühr entrichtest.

Dem kommt es zunächst auf diese Gebühr an. Sie ist nicht niedrig und kann ebenso 10 oder 15 M. und sogar noch höher sein. Also du bezahlst, und unwillkürlich beschleichst dich wehmütsooß der Gedanke: Das Geld ist faulisch, der Vermittler hat einen Dummen gefunden. Doch der läßt sich durchaus nichts anmerken. Willst du das Darlehen, das in seiner Höhe kaum über ein Monatsgehalt hinausgehen soll, auf Möbelsicherheit aufnehmen, so wird er einen Besuch in der Wohnung antündigen. Bei diesem werden die Möbel aufgenommen, und unter Umständen verlangt man von dir das Vorlegen der bezahlten Möbelrechnungen oder man nimmt Einblick in das Mietbuch. So übersteht du wieder eine Menge dir widerlicher Quälereien, die dich aber immer noch im Unklaren lassen, ob du auch wirklich das Darlehen erhältst. Jedenfalls soll dir weiterer Bescheid zugehen.

Nach einigen Tagen Rückfragen. Man hat Auskunft eingeholt. Findet man ein schwarzes Pünktchen in deinem Vorleben, so wirst du eine Abgabe erhalten. Dann kannst du diesen Leidensweg aufs neue begehen. Lautet die Auskunft günstig, so ist trotzdem die Stunde der Geldauszahlung immer noch nicht gekommen. Neue Unterlagen müssen beschafft werden. Du mußt von der Firma, bei der du beschäftigt bist, eine unterschriebene Bescheinigung beibringen, daß sie die vereinbarten monatlichen Rückzahlungen von deinem Gehalt abführt. Dann hast du einen Sichtwechsel auf die Summe des Darlehens quer zu schreiben, während deine Frau als Aussteller unterzeichnet. Und nun kommt die Hauptsache:

Die Verzinsung und Provision.

20 Proz. waren vor der letzten Diskonterhöhung gerechnet, im allgemeinen der niedrigste Satz. Ob er heute noch gilt? Aber das ist noch nicht alles. Es kommen noch 4 bis 5 Proz. Provision für den Vermittler hinzu. Rechnet man alles in allem — also Gebühr, Verzinsung und Provision zusammen, so steht ein solches Darlehen auf 28 bis 30 Proz. Wenn du das alles ertragen kannst, so wird die nun das Darlehen gewährt, vorausgesetzt, daß in letzter Minute die Sache nicht doch noch scheitert. Die Provision wird

gleich von der Darlehenssumme in Abzug gebracht. Du bekommst dann bei einem Betrag von 500 M. 475 M. ausgezahlt, mußt aber 600 M. zurückzahlen.

So war der eine Weg. Du kannst auch einen anderen gehen. Jemand bietet Darlehen auf mehrjährige Dauer an. Die geliehene Summe wird auf zehn Quartalsraten verteilt. Doch ehe du dies Geld erhältst, geht das Frage- und Antwortspiel voraus. Auskunft wird eingeholt, und außerdem ist die Stellung eines Bürgen notwendig. Bekommst du auf diesem Wege beispielsweise 500 M., so mußt du einschließlich Verzinsung, Spesen usw.

750 M., also 50 Proz. mehr, zurückzahlen.

Schließlich mag noch eine dritte Möglichkeit der Darlehensaufnahme erwähnt sein. Das geht in der Regel vorwärts. Du kannst Darlehen erhalten, wenn du gleichzeitig eine Lebensversicherung abschließt. Erfüllst du alle Voraussetzungen, so zahlst du das Darlehen in 10 Monatsraten zurück, aber unter Einfluß der ersten Jahresprämie, Spesen und Zinsen. Je nach der Höhe der Versicherung kann der monatliche Rückzahlungsbetrag so hoch sein, daß dich ein großer Schrecken erfaßt.

Wer nicht unbedingt ein Darlehen nötig hat, soll die Finger davon lassen!

Ein Zeichen.

In Berlin wird weniger geheiratet!

Die Berliner haben sich bisher in allen Lebenslagen als Optimisten erwiesen. Noch im vergangenen Jahre zeigte sich dieser Optimismus darin, daß trotz der schwerwiegenden und einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen die Eheschließungstendenz nur eine ganz unbedeutende Abschwächung erfuhr. Inzwischen aber ist infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage weiter Bevölkerungsschichten eine grundlegende Veränderung eingetreten.

Die Sorge um die Existenz und die ungewisse Zukunft haben viele junge Leute vorläufig von der Eheschließung zurückgehalten. Während noch im vergangenen Jahre vom Januar bis Ende Juni insgesamt 22 076 Paare den Bund fürs Leben schlossen, traten nach den vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin im Laufe des 1. Halbjahres 1931 nur 17 980 Paare vor den Altar — also 4006 oder 18,5 Proz. weniger. Wenn es sich bei den Eheschließungszahlen für das 1. Halbjahr 1931 auch zunächst nur um vorläufige ermittelte Resultate handelt, so dürften die endgültigen Zusammenstellungen keine nennenswerten Abweichungen bringen.

Die Abnahme der Zahl der Eheschließungen ist ein besonders charakteristisches Zeichen der Notlage der Berliner Bevölkerung, denn der gegenwärtige Altersaufbau der Berliner Einwohnerschaft ließe eher eine Zunahme erwarten, da gerade die heiratungsfähigen Jahrgänge eine starke Befragung aufweisen. Unter normalen Umständen wäre mit einer starken Steigerung der Zahl der geschlossenen Ehen zu rechnen gewesen, wenn nicht die anhaltende Wirtschaftskrise auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht ungünstigen und unheilvollen Einfluß geltend machen würde.

Allgemeine Wetterlage.



In der östlichen Hälfte Deutschlands war es auch am Montag noch warm. Es stiegen hier die Temperaturen auf 24 bis 28 Grad Celsius. Das Wetter im Westen des Reiches wurde von kühleren ozeantischen Luftmassen bestimmt. Die Westluft erreichte am Montagabend unseren Bezirk; im Bereich des maritimen Luftkörpers kommt es zu ausgedehnten Regenfällen, die hauptsächlich Süddeutschland betrafen. Das nordwestliche Tief verschiebt sich langsam nach Nordosten. Damit wird voraussichtlich die kühlere Rückseitenströmung endgültig die Herrschaft über unser Wetter erhalten. Da aber von Westen her ein neues Hoch vordringt, dürfte bald wieder Besserung eintreten.

Wetterausichten für Berlin. Kühler, veränderlich mit Schauer, westliche Winde. — Für Deutschland. Im Nordosten sinkende Temperaturen, im übrigen Reich veränderlich mit Regenschauern, nur mittags mäßig warm.

2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Röten eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor — fettfrei, rote Färbung, feinstäubig, blaue Färbung — Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen eisbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Kinderbürste 60 Pf., Chlorodont-Mundwasser 1 Mark.

Terrorentrüstung der KPD.

Beim Volksbegehren — aber nicht beim Volksentscheid!

Unmittelbar nach dem Stahlhelmsvolksbegehren auf Landtagsauflösung lief beim Büro des Preussischen Landtags folgende kleine Anfrage ein:

Kleine Anfrage Nr. 2443.

Rasper, Raddermeyer, Rahmann, Grobis und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei:

In der Provinz Ostpreußen haben die Gutsbesitzer ungeheuren Terror ausgeübt, um die Landarbeiter zu zwingen, sich zum Volksbegehren für die Landtagsauflösung einzusetzen.

1. Der Gutsbesitzer Suchler, Szuller, Kreis Bistullen, drohte seinen Leuten, daß jeder, der sich nicht einzeichne, seinen Hof nicht mehr betreten dürfe und innerhalb 14 Tagen zu ziehen hätte.

2. Der Gutsbesitzer Birulat, Jänischken, Kreis Bistullen, zwang seine Leute zum Einzeichnen mit der Drohung, daß ihnen sofort die Wohnung gekündigt würde, falls sie sich nicht einzeichneten.

Die Anfrage, die fünf engzeitige Schreibmaschinenblätter umfaßt, zählt unter laufender Nummerierung insgesamt 53 (dreißig) ähnliche Terrorfälle auf. Besonders interessant ist die Nr. 14, weil sie prophetische Ahnungen über den kommenden Unfoll der Kommunisten enthält. Sie lautet:

14. In Steinbeck forderte der Gutsbesitzer Marquardt, bei dem sich ein kranker Arbeiter namens Wabbel meldete, diesen auf, daß er sich einzeichnen müsse. Der Versuch, die Frau dieses Arbeiters zum Einzeichnen zu bewegen, schlug fehl, weil die Frau inzwischen erkannt hatte, daß man mit direktem Betrug versuchte, Unterschriften zu bekommen. Man hatte der Frau gesagt, daß nur die SPD. und das Zentrum gegen das Einzeichnen seien.

Warum die kommunistische Entrüstung über direkten Betrug? — Der Gutsbesitzer Marquardt hat eine sehr richtige Einschätzung der Kommunisten bewiesen, wenn er erklärte: nur die Sozialdemokratie und das Zentrum seien gegen das Volksbegehren! — Nach der Aufzählung weiterer Einzelfälle schließt dann die Anfrage folgendermaßen:

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Sind ihm diese Vorgänge bekannt?

2. Was gedenkt das Staatsministerium zu veranlassen, um die Wählerschaft in Zukunft gegen derartige Terrorakte zu schützen?

Die Antwort hierauf wird dem Staatsministerium sehr leicht sein: Die Kommunisten haben bereits ein famoseres Mittel gegen den Unterterror gefunden, indem sie jetzt beim Volksentscheid die Landarbeiter auffordern, sich dem Terror zu beugen und aus freien Stücken zu dem Volksentscheid der Junker zu laufen. Beim Volksentscheid werden sich die Kommunisten bei den ostpreussischen Junkern noch besonders dafür bedanken, wenn diese ihre Arbeiter an die Urne treiben.

Heillose Verwirrung bei Thälmann.

Der „Kampf“ des Volksentscheids.

Bei den Kommunisten herrscht wegen der aus Angst vor einem Verbot erfolgten Beteiligungspartei am faschistischen „Volksentscheid“ das größte Durcheinander. Sämtliche beurlaubten Parlamentarier der KPD. sind zurückgerufen, um den rebellierenden Mitgliedern die Verbrüderung mit dem Stahlhelm und den Nazis schmachtlich zu machen. Den berufsmäßigen Verwandlungskünstlern des FA. jedoch werden die noch vor wenigen Tagen erschienenen parteioffiziellen Schriften und Artikel der KPD-Zentrale entgegengehalten. So verlangt die von der KPD. herausgegebene Monatschrift „Der Propagandist“ noch in der Jubiläumnummer die „Vorbereitung des Kampfes gegen den Stahlhelmsentscheid“. Jetzt wird den KPD-Mitgliedern zugemutet, das Gegenteil dessen zu glauben, was ihnen wenige Stunden zuvor noch zur Pflicht gemacht wurde.

Wie die Stimmung unter den KPD-Mitgliedern ist, verrät das rechtskommunistische Oppositionsblatt. Danach erklärte ein kommunistischer Funktionär auf die Frage, was er zum Volksentscheid sage: „Wenn du die Schnauze halten kannst, dann will ich dir eines sagen, ich halte das für unerhört. Die ganze Partei ist damit überrollt worden. Man könnte sich die Haare ausrufen. Unsere ganze Verbindung mit den SPD-Arbeitern geht bei diesem Krampf flöten. Und selbst wenn wir durchkommen, werden die Nazis die Gewinner sein.“

Doch die Parteimitgliedschaft der KPD. um ihre Auffassung nicht gefragt werden soll, geht aus der Anweisung hervor. Diskussionen über den Beschluß der Zentrale nicht zuzulassen. In einer Berliner Funktionärerversammlung wurde nach Thälmanns Referat von vornherein jede Diskussion abgeboten. Der kommunistischen Opposition zufolge ist es ein Schwindel, wenn die „rote Fahne“ davon schreibt, daß die Diskussionsunterbindung „mit stürmischem Beifall“ ausgenommen worden wäre. Der Leiter der Versammlung, der Berliner Parteisekretär Ulbricht, habe wohlweislich unterlassen, die Frage zu stellen, wer gegen die Unterbindung einer Diskussion sei oder wer sich der Stimme enthalte. Dabei habe sich die Funktionärerversammlung zumeist aus Angestellten der Partei, der russischen Handelsvertretung und anderen besoldeten Funktionären zusammengesetzt.

Die Brandier-Opposition richtet an die Mitglieder der KPD. einen offenen Brief, in dem aufgefordert wird, offen gegen den Beschluß der Zentrale Einspruch zu erheben und die Teilnahme der KPD. an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid zu verhindern. Die kommunistische Arbeit in dem Betrieb und in den Gewerkschaften wäre unmöglich, wenn die Belegschaften die kommunistischen Kollegen an einer Aktion teilnehmen sehen, die von faschistischen Streikbrechern und Arbeitermördern eingeleitet wurde und durchgeführt wird. Der Vorschlag Thälmanns, daß die KPD.-Mitglieder in den Betrieben eine Einheitsfront mit den Nazis bilden sollten, würde bedeuten, den Faschisten das Tor zum Eindringen in die Arbeiterklasse zu öffnen.

Ueberfall auf Gewerkschaftssekretär.

Politische Hintergründe.

Koblenz, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Der Gewerkschaftssekretär Rende vom Deutschen Bauergewerksbund wurde, als er in Hoenningen von einer Versammlung zum Bahnhofs ging, von hinten auf offener Straße von mehreren Burken überfallen, niedergeschlagen und mit Schlagwaffen schwer mißhandelt. Wahrscheinlich liegt ein Racheakt vor.

Der Verletzte wurde kurz vorher von ausgeschlossenen Gewerkschaftlern zur Rede gestellt, die ihn dann verfolgten. Rende wurde bereits vor kurzem bei einem Lohnstreit, den er schlichtete, von kommunistischen Arbeitern bedroht.

Ordnung muß sein!



Der Steuerbeamte: „Halt, halt, Herr Edener hat die Ausreisegeld nicht gezahlt!“

Agrarier wollen Moratorium!

Diesem Interessentenhaufen ist das Gesamtschicksal schnuppe.

Mit besonderem Eifer nimmt sich die „Deutsche Tageszeitung“ seit einiger Zeit des neuesten Landbundprojekts an, des Moratoriums für die Landwirtschaft des erweiterten Osthilfsgebietes. Nicht zufrieden mit der Zusage von 1 Milliarde Osthilfe-Mitteln und einer Zollbelastung des deutschen Volkes zugunsten der deutschen Landwirtschaft von mehreren Milliarden jährlich, kündigt das Großagrariertblatt nunmehr an, daß

den Gläubigern der Landwirtschaft verboten werden muß,

die Bezahlung ihrer Forderungen zu verlangen. Ausgenommen werden sollen „nur der organisierte langfristige wie vielleicht auch in einem vernünftig zu begrenzenden Maße der genossenschaftliche kurzfristige Kredit“. Die Getreide- und Viehhändler, die Handwerkermeister und Kleinhändler sollen das Nachsehen haben.

Kennzeichnend ist der Zeitpunkt und die Begründung der Projekte. Mitten in der schweren Krise der deutschen Kreditwirtschaft und der allgemeinen Betriebsmittelknappheit ist dem deutschen Volke eine gewaltige Liquiditätsreserve, nämlich eine, soweit sich dies bisher übersehen läßt,

mengen- und gütemäßig hervorragende Getreideernte,

herangewachsen. Für die Bewegung dieser Ernte machen Reich und Reichsbank in enger Zusammenarbeit mit den privaten und öffentlichen Kreditinstituten Hunderte von Millionen mobil. In einer Zeit, in der kein Kaufmann und kein Industrieller Kredit erhalten kann, werden besondere Kreditmöglichkeiten für die Landwirtschaft geschaffen, um so vor allem in Ostdeutschland eine Auflockerung des Kreditystems zu erreichen. Gleichseitig wird es zum Nebenverdienst der neuen Garantie- und Akzeptbank gemacht, die eingefrorenen Umschuldungsmittel der Bank für deutsche Industrieobligationen aufzutauen und so den in den letzten Wochen ins Stocken geratenen Fortgang der Osthilfe zu ermöglichen.

Auf all diese Bemühungen antwortet in diesem Zeitpunkt die „Grüne Front“, freilich um den Führer des Bayerischen Bauern-

bundes vermindert, mit der Moratoriumsforderung. Während es diesen Herren selbstverständlich erscheint, daß

täglich Hunderte von Arbeitern wegen rückständiger Mietschulden ermittelt werden,

denen gegenüber kein Mensch an einen noch so bescheidenen Schuldnachlaß denkt, verlangen die Agrarier, daß dem Landwirt seine Schulden erlassen werden.

Nichts anderes bedeutet das Moratoriumsprojekt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ es proklamiert. Wird das Moratorium, wie anscheinend beabsichtigt, bis zum Beginn des nächsten Jahres erstreckt, so ist es ja selbstverständlich, daß es dann im Januar 1932 verlängert werden muß, damit dann nicht etwa die „Erntelagerung der Ernte“ durch „unvernünftige Eingriffe der Gläubiger“ gefährdet wird.

Das Ziel des Moratoriumsplans ist aber nicht nur der Schuldverlaß. Außerdem wird der Nebenverdienst verfolgt, mit Hilfe des Moratoriums die Getreide- und Brotpreise in die Höhe zu treiben oder doch wenigstens auf der unsmigen Höhe zu halten, auf die Herr Schiele sie getrieben hat. Also Moratorium für die Landwirtschaft und Brotverteuerung in einem Augenblick,

in dem Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs und Preisabbau die dringlichsten Erfordernisse

des Augenblicks sind.

Ebenso wie die Osthilfe zum Ruin der Reichsfinanzen beiträgt und die uralten Subventionen der Landwirtschaft durch Zölle und Barzuschüsse den Wohlstand des deutschen Volkes untergraben, so wäre das Moratorium ein neuer Schritt zur Ruinierung der Volkswirtschaft. Denn daß gegenüber einer solchen Maßnahme auch der letzte Rest des Vertrauens unserer ausländischen Kreditgeber schwinden würde, steht fest. Die Agrarier fürchten sich auch nicht vor einer Inflation. Da Entschuldung mit Staatshilfe mit Rücksicht auf die öffentlichen Finanzen nicht durchführbar ist, würden die Vertreter der „Grünen Front“ eine neue Inflation zur abermaligen Entschuldung der Landwirtschaft ruhig hinnehmen.

Franzen-Helden bei der Arbeit.

Heimtückischer Ueberfall auf sozialdemokratische Funktionäre.

Braunschweig, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Eine neue feige Bluttat verübten vierzig Parteifreunde des Nazi-Ministers a. D. Franzen in dem Ort Langelsheim. Drei sozialdemokratische Funktionäre waren mit Plakateilen beschäftigt, als sie hinterrücks von den Nazis überfallen und niedergeschlagen wurden.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Hoppe erhielt acht Messerstiche in den Kopf, außerdem wurde er am Unterleib schwer verletzt. Der Zustand des Ueberfallenen ist besorgniserregend. Dem Kassierer Schulte wurde das Nasenbein eingeschlagen. Auch der dritte Ueberfallene ist schwer verletzt. Die Langelsheimer Arbeiterchaft wird gegen diese neueste Schandtat der Nazis eine große Protestkundgebung veranstalten.

Dreimal ohne Erfolg gepfändet.

Naziblatt unterschlägt Krankentaggelder.

Köln, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Das Kölner Nazi-Blatt hat, wie nachgewiesen ist, Beiträge zur Oststranzenkasse in Höhe von rund 4000 M. nicht abgeliefert. Es ist daraufhin dreimal ohne Erfolg gepfändet worden. Das Blatt glaubte sich durch eine dumme Schwindelerei an der „Rheinischen Zeitung“, die die Verfehlungen des Nazi-Organes aufgedeckt hatte, rächen zu können.

Jetzt ist das Blatt auf Grund einer eidesstattlichen Versicherung des Geschäftsführers der „Rheinischen Zeitung“ durch einstweilige Verfügung verpflichtet worden, die weitere Verbreitung der Behauptung, nach der die „Rheinische Zeitung“ ihre Papiertlieferanten schon seit Wochen im voraus bezahlen muß, weil sie durch Absonnentenschwund vor dem Bankrott stehe und seit Wochen ihren Arbeitern die Löhne nicht mehr voll auszahle, zu unterlassen. Damit ist ein neuer Schwindel der Nazi-Presse, der inzwischen auch in verschiedenen Städten im Reich aufgetaucht ist, gepöcht.

Die Zeitungswissenschaftliche Vereinigung in München ernannte den Herausgeber der „Zeitungswissenschaft“, Dr. Walter Heide in Berlin, zu ihrem Ehrenmitglied.

Religionenkämpfe in Mexiko.

Attentat auf Gouverneur. — Sturm auf Kirchen.

New York, 27. Juli.

„Associated Press“ meldet aus Jalapa, der Hauptstadt von Vera Cruz:

Im Staate Vera Cruz ist infolge des Versuches der Behörden, das Staatsgesetz durchzuführen, durch das die Zahl der Priester außerordentlich vermindert wird, ein religiöser Krieg ausgebrochen. Die Unruhen begannen damit, daß ein junger Mann gestern ein Revolverattentat auf den Gouverneur von Vera Cruz unternahm, als dieser den Palast verließ. Der Gouverneur wurde leicht verletzt. Er zog ebenfalls einen Revolver und es kam zwischen beiden zu einem längeren Feuergefecht, bis ein Regierungsbeamter den Angreifer niederschlug.

Die Nachricht von dem Attentat verbreitete sich mit Windeseile und bald hatten sich große Menschenmassen versammelt, die nacheinander vier Kirchen angriffen und mit Benzin in Brand setzten. Die Kirche von Sanjos wurde völlig eingeebnet; die drei anderen Kirchen erlitten schweren Schaden, bevor es Truppen und Feuerwehrleute gelang, den Brand zu löschen. In einer Kirche erschienen während des Rinder-gottesdienstes plötzlich vier Männer und feuerten mit Revolvern auf die beiden Priester, von denen einer getötet und der andere schwer verwundet wurde. Einer der Angreifer und ein junges Mädchen wurden ebenfalls durch Schüsse getroffen. Es brach eine Panik aus, bei der viele Kinder zu Schaden kamen.

Wegen dieser Vorfälle haben die Behörden den Belagerungszustand erklärt. Gegenwärtig herrscht volle Ruhe. Truppen patrouillieren durch die Straßen. Doch werden weitere Unruhen befürchtet, da die religiösen Behörden in der Stadt Mexiko den Befehlen von Vera Cruz Anweisung gegeben haben sollen, dem Antichristengesetz nicht zu gehorchen, da sie es für verfassungswidrig hielten.

Der Mörder Semmelmanns ermittelt.

Der Mörder des Agenten Semmelmann, der sich als Kaufmann Spielmann ausgegeben hatte, ist als ein ehemaliger Student der Medizin namens Andreas Bickhamie, südbairischer Staatsangehöriger, festgestellt worden. Die Feststellung gelang durch Vergleich der Fingerabdrücke.

